

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Spalte, Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Wenige Inseraten-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Liebe zum Verbands

Wenn wir für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung begeistert werden sollen, so müssen wir vor allem auch ihre großen Ideen kennen und lieben lernen. Ohne inniges Vertrauensverhältnis, ohne Liebe keine Begeisterung. Es genügt nicht, daß wir „auch“ Mitglieder unserer Bewegung sind, daß wir unsere Verbandszeitung zugestellt erhalten, nur selten eine Versammlung besuchen und vielleicht mürrischen Herzens unsere Beiträge entrichten. Nein, wir müssen die großen Gedanken unserer Gewerkschaftsorganisation völlig mitdurchdacht, müssen uns innerlich mit ihnen auseinandergesetzt haben, es muß uns klar zum Bewußtsein gekommen sein, wie sehr das Heil unseres Arbeiterlandes, wie sehr der Segen unserer Zukunft von einer fruchtbaren Tätigkeit unserer Verbandes abhängig ist.

Doch eine kalte Verstandeseinsicht entflammt noch nicht zur feurigen Begeisterung; durch diese Erkenntnis müssen wir unseren Verband erst lieben, ihn mit unserer Herzenswärme erfassen lernen. Es darf nicht einzig die nüchternen Erwägung in uns vorherrschen, „welche augenblicklichen Vorteile bringt mir unser Gewerkschaftsleben?“ Es muß vielmehr bei unserem Anschluß an die großgedachte christlich-nationale Arbeiterbewegung vor allem auch die Liebe zu unserem Stande, das Mitgefühl mit unseren Kollegen, die Sorge um die Zukunft unserer Söhne und Töchter uns erfüllen, unser Gefühlslieben muß von den Ideen unserer Bewegung gepackt werden, wir müssen ihnen unser Herz schenken, wie das Kind seine Eltern liebt, von denen es erkannt hat, mit welcher großen Einsicht sie für sein Heil sorgen.

Se wichtiger unsere Stellung in unserem Verbands ist, um so tiefer muß auch die Liebe sein. Vor allem müssen die Vertrauensleute ganz erfüllt sein von Liebe zum Verbands. Woher sollen sie ihre Begeisterung schöpfen, wenn nicht aus einem Herzen, das erfüllt ist von warmer Sorge für die Arbeiter und ihre Zukunft? Liebe erweckt Gegenliebe: Die Führer, bei welchen wir ein solches Herz voll Liebe bemerken, werden auch bei ihren Mitgliedern Zuneigung finden. Wohl uns, so lange wir unsern Verband und damit die Sache unseres Standes lieben. Dann wird auch bei allen die rechte Begeisterung zur eifrigsten Mitarbeit vorhanden sein.

Werkkolonie — eine Genossenschaft?

Augenblicklich herrscht in allen Industriestädten — besonders im Ruhrgebiet — ein Mangel an Arbeiterwohnungen. Früher bestand schon ein Wohnungsmangel jedoch noch nicht so fühlbar als jetzt. Allseitig wird diese Tatsache anerkannt. Nur einige ganz rabiate Hausbesitzervereine erkennen sie nicht an. Das ist leicht begreiflich, verschlägt aber wenig. Die private Bautätigkeit konnte dem Bedarf an Wohnungen, hervorgerufen durch die tiefen, teilweise sprunghafte Entwicklung der Industrie, nicht vollständig entsprechen. Für die großen Massen zuziehender Arbeiter konnte sie nicht genug Wohnungen herstellen.

So entstanden dann die ersten Werkswohnungen, jene alten, oft recht häßlichen Koloniebauten, die möglichst schnell zusammengewürfen wurden. Rücksichten auf Geselligkeit und Zweckmäßigkeit der Anlage sucht man vergebens. Heute sind die Koloniebauten schon geschmackvoller und zweckmäßiger, teilweise sogar musterhaft. So haben denn die Werkswohnungen manchem Familienvater eine gute und billige Wohnung verschafft. Fühlbar besonders für die mit Kinderreichtum gesegneten Familien. Auf die Mietpreise haben die Kolonien wohl ganz selten einmal einwirken können; höchstens da, wo sie einem sehr großen Kreis von Interessenten zur Verfügung gestellt werden konnten.

Es wäre nun aber verkehrt, wenn man die Werkswohnungen für unbedingt empfehlenswert halten wollte. Sind doch mit ihnen soviel Nachteile, soviel Schattenseiten verbunden, daß man sie nur als ein notwendiges Uebel bezeichnen kann, mit dem man sich leider abfinden muß.

Die Nachteile dieser Wohnweise überwiegen bei weitem die Vorteile. Ein schwerwiegender Nachteil ist der Umstand, daß Arbeitsvertrag und Mietvertrag miteinander verquickt, so gar eins werden. Wer das Arbeitsverhältnis löst, muß raus aus der Werkswohnung. In der Schwerindustrie — für diese kommen die Werkswohnungen fast nur in Betracht — ist der Arbeiter im Arbeitsvertrage an und für sich schon benachteiligt. Nur einen sehr geringen Einfluß hat er auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Durch die Werkswohnung wird er weiter behindert, denn er mag nicht gern ausziehen, weil er eine neue Wohnung nur schwer findet. Und findet er eine, so fragt es sich, wie sie aussieht. Ein Umzug ist auch immer mit beträchtlichen Unkosten verbunden. So kommt es, daß der Arbeiter sich schlechte Behandlung und Lohnabzüge oft ruhig gefallen läßt. Den Vorteil hat der Unternehmer, der zugleich sein Vermieter ist. Der hindert ihn auch, seine auf dem Papier stehende Willensfreiheit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht in die Praxis umzusetzen. Der Gewerkschaft soll er sich nicht anschließen; politisch soll er sich so betätigen, wie es der Unternehmer wünscht. Das zeigt sich besonders bei allen Wahlen mit öffentlicher Stimmabgabe.

Das alles ist eine Unterbindung der Willensfreiheit, eine Verkäufung der Arbeiterkraft. Damit er sich nun ganz „wohl“ fühlen kann bei aller Fürsorge, wird ihm der gelbe Werkverein aufgezwungen. So ist er denn zu einem „Werksmenschen“

geworden, der mit Leib und Seele dem Werk gehört. Nicht nur die Arbeitskraft hat der Unternehmer „gekauft“, sondern den ganzen Menschen. Er wird, wie man in Essen unbegreiflicher Weise manche Leute mit Stolz sagen hört, zum „Krupplaner“.

In diesem Zusammenhang sei auf eine Kolonie in Gelsenkirchen-Hüllen besonders hingewiesen. Die an der Spitze der gemischten Werke stehende Gelsenkirchener Berg- und Hütten-Gesellschaft hat für diese Kolonie eine in ihrer Art einzig dastehende Form gefunden. Sie soll sein eine — Genossenschaft. Die genannte Firma hat eine Genossenschaft eingetragen, an deren Spitze drei hohe Werksbeamte der Gießerei Hüllen stehen. Für die Firma ist ein höherer Betrag gezeichnet, ebenso für diese drei Beamten. Weitere 30 Arbeiter, zum größten Teil Mitglieder des Werkvereins, aber alle Arbeiter der Gießerei Hüllen, haben je 200 M. gezeichnet, die ihnen von der Firma vorgestreckt wurden. Damit war natürlich noch keine Werkkolonie von mehreren hundert Wohnungen zu bauen. Deshalb wurde eine Vorkolonie durch die Landesversicherungsanstalt der Provinz Westfalen erwirkt. Man sieht also, warum der Umweg über die „Genossenschaft“ gewählt wurde. Man kann diese Genossenschaft nicht anders als eine „Strohmann“-Genossenschaft bezeichnen. Zu sagen haben doch nur die eingetragenen hohen Beamten des Werkes. Diese auch nur soviel, wie es die Firma für gut hält. Die eingetragenen Arbeiter, „Genossen“ haben praktisch keine Rechte. Dafür kennt man doch die Herren von Gelsenkirchen. Die Firma würde gewiß auf diese Form verzichtet haben, wenn sie sich nicht sagte: Unser Geld können wir besser und vorteilhafter anlegen. Es soll zwar nicht behauptet werden, daß sie ferner gedacht hat: Wir können jetzt mal wieder glänzen in der Wohnungsfürsorge, ohne daß es uns was kostet, im Gegenteil, wir verdienen durch die Form genau so viel, als wenn wir unser eigenes Geld hineingesteckt hätten. Es sieht aber danach aus.

Eine eigentümliche „Genossenschaft“, bei der all das, was an Nachteilen über die Werkkolonie gesagt wurde, ebenfalls zutrifft. Noch mehr als das! Preisnachrichten zufolge sind seit längerer Zeit in Kohnau in Schlesien eine Anzahl Werber dieser Firma tätig, um Gießereiarbeiter nach Gelsenkirchen zu bekommen. Und das, trotzdem hier genügend Arbeiter zu haben sind. Oder kalkuliert man so: Mit denen, die wir hier haben können, können wir das nicht anstellen, was wir vorhaben, dazu eignen sich besser die aus Schlesien? Es scheint so. Wer eine Wohnung in diesem „Elorado“ haben will, muß genügsam und friedlich sein. Dann muß er sich verpflichten, dem Werkverein beizutreten (die sind ja bekanntlich alle „genügsam“ und „friedlich“) und endlich muß er bei Kommunal- und sonstigen Wahlen die von der Firma vorgeschlagenen oder empfohlenen Kandidaten wählen und unterstützen.

Dies alles klingt so ungeheuerlich, daß Zweifel daran berechtigt scheinen. Trotzdem kann es heute nicht mehr bezweifelt werden. Schon seit mehr als einem Monat kursieren diese Gerüchte in bestimmtester Form, ohne daß eine Widerlegung erfolgte oder nur versucht wurde.

Die von den Landesversicherungsanstalten für gemeinnützigen Wohnungsbau ausgetretenen Gelder sind zweifellos gut angelegt. (Natürlich zu entsprechend hohem Zinsfuß.) Erfüllen sie doch einen großen sozialen Zweck. Es ist nur zu wünschen, daß das mehr geschieht, als bisher, und daß auch die Knoppschaftskasse dazu übergeht. Wenn aber diese zum großen Teile von Arbeitern aufgebracht Gelder von industriellen Werken dazu benutzt werden, um durch Errichtung solcher „Genossenschaften“ die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterkraft zu hindern und das Gegenteil zu erzielen durch Propagierung der gelben Sumpfpflanze, wenn ferner die wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte den Arbeitern illusorisch gemacht werden sollen, so ist das im höchsten Grade verwerflich. Die Landesversicherungsanstalt aber sollte unter solchen Umständen sofort ihr Kapital zurückziehen. Nicht zuviel ist gesagt, wenn man dieses Treiben als unfittlich und ungesetzlich bezeichnet. Als erledigt kann diese Sache nicht betrachtet werden, es wird notwendig sein, daß sich die gesetzgebenden Körperschaften damit befassen.

Vor zwei Wochen war die Wohnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses im Ruhrrevier und hat unsere Städte besucht. Essen-Gelsenkirchen-Bochum-Hamm. In Essen sind den Abgeordneten neben den guten neuen auch die schlechten alten Koloniebauten gezeigt worden. Nicht so in Gelsenkirchen. In Gelsenkirchen sind die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen schlechter als in anderen Großstädten. Gelsenkirchen hat auch mehr alte Kolonien. Ein der Gewerkschaft Konföderation gehöriger Bau in der Gewerkestraße wird allgemein der D-Zug genannt. Er ist ein langgestreckter Bau, einflüchtig, mit Pappdach, über dreiviertel Meter unter dem Straßenniveau liegend. Daß solch ein Bau noch bewohnt wird, ist einfach unverständlich.

Im übrigen sind wir nicht einmal der Meinung, daß man sich der alten Koloniebauten im ganzen schämen müsse. Sind sie doch auch vielfach Kinder ihrer Zeit. Die Objektivität verlangt aber, daß man nicht nur die neuen Musterbauten zeigt, sondern auch die weniger guten und die ausgesprochen schlechten. An Werkkolonien der letzten beiden Arten gibt es in Gelsenkirchen mehr, als die der ersten Art. Genannt seien nur die, die an dem Wege lagen, den die Kommission nahm: Krims-, Sophienau-, Kesselkolonie, an der Hohenzollernstraße.

Bei der Besichtigung der Alma-Kolonie gab Herr Justizrat und Landtagsabgeordneter Hasenclever eine kurze Er-

läuterung der Bauart und des Kostenpunktes. Dann forderte er auf zur Besichtigung einiger Wohnungen. Ein Teil der Abgeordneten entsprach dieser Aufforderung. Nach kaum anderthalb Minuten wandte sich Herr Hasenclever an den Führer des ersten Automobils und sagte: „Geben Sie mal Signale, daß die Herren wieder herauskommen.“ Die Abgeordneten kamen denn auch schnell zurück, und weiter ging die Fahrt.

Ueber die Zweckmäßigkeit und Schönheit der Alma-Kolonie läßt sich zum mindesten noch streiten. Hier hat die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft für ihr eigenes Geld die Art der Baublocks gewählt, auch Hofebau genannt. 20 bis 30 oder noch mehr Familien haben den Aus- und Eingang zu einem Hofe. In Hüllen ist mit dem Gelde der Landesversicherungsanstalt das Kleinwohnungsweesen durchgeführt.

Wir wollen trotzdem hoffen, daß durch diese Informationsreise den Abgeordneten manches Uebel klar geworden ist. Mögen sie nun aber auch geeignete Maßnahmen zur Abstellung dieser Uebel anstreben. Möge auch die Regierung zweckentsprechende Maßnahmen treffen, um das Wohnungsweesen in jeder Hinsicht zu fördern. Dabei möge sie, wie auch die übrigen in Betracht kommenden Faktoren, aber vor allem darauf Bedacht nehmen, daß die Arbeiter dadurch nicht um ihre ohnehin geschmäleren Rechte kommen. Daß damit keine Verkäufung geschaffen wird, wie es bei der famosen „Strohmann“-Genossenschaft der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft in Hüllen der Fall ist, wenn — sich die Arbeiter nicht aufrufen und energisch sich wehren.

Letzen Endes hat es keinen Zweck, wenn den Arbeitern zwar gute, billige Wohnungen zur Verfügung gestellt werden; sie das aber auf der anderen Seite durch schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezahlen müssen. Und besonders noch mit ihrem Selbstbestimmungsrechte, mit Aufgabe ihrer persönlichen Freiheit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Volle Bewegungsfreiheit muß der Arbeiterschaft gewahrt bleiben. Ganz besonders hinsichtlich des Gewerkschaftsgebauens, der immer mehr an Boden gewinnen möge. Nur durch starke Organisationskräfte kann es verhindert werden, daß an sich gute Maßnahmen zum Schaden der Arbeiter führen, und ausgebrütet werden von gewisser Seite. Für jeden Arbeiter, der das freie, selbständige Denken noch nicht verlernt hat, kann es jetzt nur heißen: „Hilf dir selbst!“

Was auf der Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform ausgesprochen wurde: Jeder nicht organisierte Arbeiter ist rückständig — das muß beachtet werden. Wenn jeder Arbeiter das beherzigte, stände es besser um ihn und seinen Stand.

Mögen unsere Kollegen an allen Orten sich diese Dinge einmal gründlich überlegen. Jedem Kollegen sollten sie zeigen, wo sein Platz ist! Es gibt für den Arbeiter kein anderes Hilfsmittel als die Organisation. Früher haben die anderen Stände von uns gelernt. Ist es heute nicht vielleicht umgekehrt? Könnten wir nicht jetzt von den anderen lernen? Zeigen wir also, daß wir wissen, was wir wollen. Alle sollten mitarbeiten an der Besserstellung des Standes. Ueberlassen wir das nicht wenigen, sondern helfen wir alle mit.

D. G.

Das Koalitionsrecht in Betrieben, die für die Staatsbahnen liefern

Es ist eines der trübsten Bilder unserer Zeit, daß solche Werke, die für den Staat liefern, das Koalitionsrecht der Arbeiter mit Füßen treten. Ein sprechendes Beispiel ist die Waggonfabrik de Dietrich in Reichshausen. Eine bekannte Tatsache ist auch, daß in diesen Betrieben wegen kleiner Lohnforderungen sehr lange Kämpfe geführt werden müssen. Erinnerung sei nur an die monatelangen Kämpfe auf der Schichauwerk in Danzig, bei Scheidt u. Bachmann in M.-Stadbach und an den großen Kampf in der Mendener Metallindustrie, der bei der Firma Schmidt u. Co. anfang, die vornehmlich für die Militärbehörde arbeitet.

Im deutschen Reichstage ist bei Verabschiedung der Wehrvorlage eine Resolution angenommen worden, welche die Regierung neben anderen erfucht, darauf hinzuwirken, daß in den Werken, welche für Militär und Marine liefern, den Arbeitern volle Koalitionsfreiheit gewahrt bleibt.

Im preussischen Landtag ist nun Abgeordneter Kollege Gronowski bei der Beratung des Eisenbahnetats in ganz entschiedener Weise eingetreten für Wahrung der Koalitionsfreiheit in Werken, die für die Eisenbahn liefern. Wir lassen seine trefflichen Ausführungen nachstehend im Wortlaut folgen:

„Meine Herren, bei jeder Beratung des Eisenbahnetats betont der eine oder der andere Redner mit einem gewissen Stolz, daß die preussische Staatseisenbahnverwaltung der größte Arbeitgeber der Welt ist. Meine Herren, wir beschäftigen insgesamt 600 000 Beamte und Arbeiter. Aber auch mit Befriedigung wird darauf hingewiesen, daß die Staatseisenbahnverwaltung einer der größten Abnehmer der deutschen Industrie ist, und das freut nicht nur mich persönlich, sondern wohl alle Mitglieder dieses Hauses. Für das laufende Etatsjahr sind 830 Millionen Mark für Erneuerung der Betriebsmittel usw. in den Etat eingesetzt. Es steht fest, daß die Staatseisenbahnverwaltung eine sehr solide Kundschaf für die Fabrikanten und Lieferanten darstellt: die Staatseisenbahnverwaltung zahlt im allgemeinen anständige Preise, sie ist ein starker Käufer, und wer ihr Vertrauen erlangt hat, kann auch dauernd auf Aufträge rechnen. Ich überreibe nicht, wenn ich sage, daß mancher Fabrikant in Deutschland seine Wohlhabenheit den dauernden Aufträgen der Staatseisenbahnverwaltung mehr

oder weniger zu verdanken hat. Meine Herren, bedauerlich ist es aber, daß es Fabrikanten in unserem Vaterlande gibt, die zwar für die Eisenbahn liefern, aber in der Behandlung ihrer Arbeiter nicht in demselben Maße wohlwollend sind, wie die Königlich-Preussische Staatsbahnverwaltung.

Meine Herren, ich habe hier folgende grundsätzliche Frage anzustellen: Wie sind wiederholt Klagen mitgeteilt worden, daß Fabrikanten und Lieferanten der Staatsbahnverwaltung das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter mißachten, (hört, hört! im Zentrum) ihre Arbeiter sogar zwingen, aus der christl. Gewerkschaft auszutreten, oder aber die Arbeit zu verlassen. (Hört, hört! im Zentrum). Das ist in hohem Maße bedauerlich, es ist sogar verwerflich, nicht nur vom moralischen, sondern auch vom rechtlichen Standpunkt aus. (Sehr richtig! im Zentrum). Ich sage dem Minister keine Schmeichelei, wenn ich behaupte, daß der Minister — allerdings mit einer Einschränkung — nicht nur das Koalitionsrecht seiner Angestellten und Arbeiter achtet und dafür sorgt, daß dieses Koalitionsrecht nicht untergraben wird, sondern er verhandelt auch mit dem Beamten und Arbeiterausschüssen als Chef der Verwaltung in sehr wohlwollender und menschenfreundlicher Weise. (Sehr richtig!) Dieses Zeugnis können wir auch als Arbeiter dem Herrn Minister ruhig ausstellen: er achtet seine Beamten und Arbeiter als Staatsbürger. Mit Recht dürfen wir daher wohl verlangen, daß auch die Fabrikanten, die für die Eisenbahn liefern, ihre Arbeiter mindestens ebenso gut behandeln, wie die preussische Staatsbahnverwaltung die ihrigen! Weil sie das nicht alle tun, darum herrscht in manchen Fabriken der Privatindustrie eine berechtigter Erbitterung, an der die Eisenbahnverwaltung jedoch nicht schuld ist.

Meine Herren, wir wollen uns heute nicht darüber unterhalten, ob es in Deutschland-Preußen einen Stand gibt, der das Koalitionsrecht entbehren will. Kein Stand wird auf die Organisation zur Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen verzichtet wollen, und gerade die Lieferanten für die Eisenbahnverwaltung sind meines Wissens recht straff organisiert. Was diese für sich in Anspruch nehmen, das sollten sie auf jeden Fall ihren Arbeitern und Angestellten auch gestatten. Das geschieht leider nicht!

Meine Herren, ich will für meine Behauptung nur zwei Beispiele anführen: Mir wird aus christlichen Gewerkschaftskreisen mitgeteilt, daß der Generaldirektor der Danziger Waggonfabrik und Vorsitzender des Verbandes deutscher Waggonfabriken, Geheimrat Schrey, laut einem Flugblatt zu seinen Arbeitern bezüglich der Organisation folgendes gesagt hat:

„Ich bin kein Gegner der Verbände, aber ich bin der Ansicht, daß in meinem Betriebe keine Organisationen notwendig sind. In meinem Betriebe wird für die Arbeiterschaft bis in ihre Familie hinein gesorgt, und da haben meine Arbeiter es nicht notwendig, sich zu organisieren. Wer sich einer Organisation anschließt, der ist mein Freund nicht mehr, der muß die Fabrik verlassen. (Hört, hört! im Zentrum.)“

Meine Herren, verzeihen Sie den Ausdruck, — außerhalb des Hauses würde ich sagen: es ist eine Unverschämtheit so etwas zu sagen. (Sehr richtig! im Zentrum). Denn dieselbe Fabrikleitung, die selbst organisiert ist, droht ihren Arbeitern: ihr werdet entlassen, wenn ihr einer Organisation beittretet! Es ist außerdem auch nicht logisch gedacht von dem Herrn Geheimrat: er ist kein Gegner der Verbände, schmeißt aber die Mitglieder der Verbände hinaus. Gegen ein solches Verhalten erhebe ich auch im Namen meiner Parteifreunde den schärfsten Einspruch.

Ein zweiter Fall: In der Signalbauanstalt von Scheidt u. Bachmann in München-Gladbach ist im Jahre 1911 ein Streik ausgebrochen. Ich will auf die Ursachen und den Verlauf nicht ausführlich eingehen; aber bedenkt, er scheint es doch, wenn in einer Fabrik, die für die Eisenbahnverwaltung Betriebsmaterial liefert, der Arbeiterausschuß unter anderem wegen besserer Ventilation, Ausbesserung der Bedachung des Betriebsgebäudes, Vorsorge für genießbares Trinkwasser (hört, hört! im Zentrum) und bessere Behandlung beim Chef der Fabrik vorstellig werden muß. Allerdings verlangten die Arbeiter auch eine bessere Regelung der Lohn- und Akkordlöhne. Kurz und gut, wegen dieser Forderung ist dort ein Streik entstanden, der vierzehn Wochen gedauert hat und durch den christlichen Metallarbeiterverband, der sich sehr um den Frieden bemüht hat, nachher beendet worden ist. Und nun, meine Herren, geben Sie acht, was die genannte Firma, die inzwischen von Hamburg zahlreiche Streikbrecher herbeigeht hat, von ihren Arbeitern nach dem Streik verlangte!

Scheitens: sie stellt keinen Arbeiter ein, der der christlichen Gewerkschaft angehört (hört, hört! im Zentrum);

weitens: jeder Arbeiter mußte die schriftliche Erklärung abgeben, daß er sich der christlichen Gewerkschaft nicht anschließt;

weitens: verlangte sogar die Firma, um sicher zu sein, daß keiner organisiert ist, das Verbandsbuch von den Arbeitern, und als es in einem oder zwei Fällen nicht ausgehändigt werden konnte, habe die Firma den traurigen Mut, zu verlangen, der Gewerkschaftsjekretär solle erst eine Bescheinigung darüber ausstellen, ob näher benannte Arbeiter aus der Gewerkschaft ausgetreten sind. (Hört, hört! im Zentrum.)

Meine Herren, das ist Terrorismus der schlimmsten Sorte, und auf diesen Terrorismus möchte ich das Augenmerk der Eisenbahnverwaltung und auch dieses hohen Hauses lenken.

Meine Herren, ich fühle mich frei von Uebertreibungen; daher möchte ich auch hier sagen: in den wirtschaftlichen Kämpfen wird vielfach auf beiden Seiten gefehlt; auch die Arbeiter wollen nicht als Engel und Heilige gelten, durchaus nicht; Fehler und Mängel werden zuweilen auf allen Seiten gemacht, auch bei den Arbeiterorganisationen. Aber, meine Herren, ein solches Verhalten, dessen sich die Firma Scheidt u. Bachmann schuldig gemacht hat, ist einfach unerhörte und verdient, öffentlich und rückwärtslos gebührend zu werden. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Meine Herren, nun habe ich folgende Bitte. Wenn die preussische Eisenbahnverwaltung, deren Chef der Eisenbahnminister ist, 300 Millionen Mark für das laufende Jahr an die Fabrikanten abgibt — selbstverständlich lassen darin sehr viel Löhne, das gebe ich ohne weiteres zu, aber auch ein sehr großer Verdienst —, dann, meine ich, könnte die Eisenbahnverwaltung ganz zweckmäßig sagen: das Koalitionsrecht habt ihr ebenso zu respektieren wie wir, wie

jeder andere deutsche Staatsbürger! (Sehr richtig! im Zentrum.) Das ist vom Eisenbahnminister nicht zu viel verlangt. In Württemberg hat in diesem Jahre die zweite Kammer einstimmig den Beschluß gefaßt, daß nur an solche Lieferanten Staatsaufträge erteilt werden sollen, die erstens das Koalitionsrecht der Arbeiter und Beamten respektieren, zweitens auch die vereinbarten Tariflöhne zahlen. Diefem Beispiele kann Preußen meines Erachtens ohne Bedenken folgen. Vor allen Dingen muß verlangt werden, daß das Koalitionsrecht der christlichen Arbeiterschaft, die in staatsreuer Sinne arbeitet, von Privatunternehmern nicht verkhümert und nicht unterbunden wird. Meine Herren, ich glaube, daß nach dieser Richtung hin ein gewisser Druck ausgeübt werden kann.“

Konferenz des 3. Bezirks

Am Sonntag, den 10. Mai tagte in Hamm die diesjährige Bezirkskonferenz des 3. Bezirks. Vertreten waren sämtliche 15 Ortsgruppen durch 49 Delegierte. Außerdem nahmen an der Konferenz teil die Bezirksauschuhmitglieder und der Zentralvorsitzende Kollege Wieber. Aus dem vom Kollegen Hirtfelder erstatteten Jahresbericht sei folgendes wiedergegeben.

Die wirtschaftliche Lage des Bezirks liegt im Berichtsjahre sehr viel zu wünschen übrig. Nachdem bereits in der zweiten Hälfte des vorhergehenden Jahres einzelne Industriezweige, die hervorragend in den Export arbeiten, unter Absatzschwierigkeiten zu leiden hatten — zum Teil hervorgerufen durch die Balkanwirren, — verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage im Jahre 1913 in fast allen Industriezweigen und zeigte in dieser Beziehung bis zum Jahreschluß sogar zunehmende Tendenz. Feierlichkeiten und verkürzte Arbeitszeiten waren in mehr oder minder großem Maße in fast allen Industriezweigen zu verzeichnen. Besonders stark war der Rückgang der Konjunktur in Menden nach Beendigung der großen Aussperrung im Winter 1912—13. Hier haben amheimend die Unternehmer dieselben Erfahrungen machen müssen, wie die Unternehmer in Hagen-Schwelm nach den Berichten der dortigen Handelskammer, bei der großen Aussperrung 1910. Große Absatzgebiete sind ihnen verloren gegangen, die Abnehmer haben sich andere Lieferanten gesucht und es hält dann außerordentlich schwer, neue Abnehmer zu bekommen resp. die alten zurückzugewinnen. Hoffentlich werden die Unternehmer in Zukunft diese Erfahrungen entsprechend verwerten.

Seit Anfang dieses Jahres ist aber, besonders in der Metallindustrie, eine Wendung zum Besseren eingetreten. Das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, das durch die kolossal gesteigerte Hervorbringungsmöglichkeit eingetreten war, scheint langsam wieder ausgeglichen zu sein und auch der Export, der für die westfälische Metallindustrie eine sehr große Bedeutung hat, zeigt wieder neue Belebung. Eine ähnliche Entwicklung weist auch die im Bezirk sehr stark vertretene Drahtindustrie auf. Bemerkenswert ist hier, die in neuerer Zeit erfolgte engere Verbindung der Drahtverfeinerung mit den Herstellern der Halbfabrikate. Die bestmögliche zu erwartende Belebung des Baumarktes dürfte ebenso günstige Wirkungen für die Kleinmetallindustrie zeitigen. Wenn also auch das Jahr 1913 ziemlich stark im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges stand, so dürfte gegenwärtig schon wieder eine erhebliche Besserung der Verhältnisse eingetreten sein, die sich aller Voraussicht nach auch noch weiter günstig gestalten wird.

Erfahrungsgemäß sind die Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht besonders günstig. Die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen muß sich in solchen Zeiten hauptsächlich darauf beschränken, Verschlechterungen abzuwehren. Wenn trotzdem im Berichtsjahre 38

Streiks und Lohnbewegungen

im Bezirk verzeichnet werden können gegen 60 im Jahre 1912, so ist dies dem denkenden Arbeiter ein Beweis dafür, wie notwendig gerade in solchen Zeiten starke, leistungsfähige Arbeiterorganisationen sind und wie wenig von dem Ratensängergesang vom sogenannten „Wirtschaftsfrieden“ zu halten ist. Von den 38 waren 3 Angriffs-, 1 Abwehrstreik, 2 Aussperrungen und 32 Lohnbewegungen. An diesen waren insgesamt 1826 Mitglieder beteiligt. 18 Bewegungen wurden von unserem Verbands allein geführt und 20 in Gemeinschaft mit anderen Organisationen, wobei in acht Fällen die Mehrheit der Beteiligten unserem Verbands angehörte. Mit vollem Erfolg endeten 12, mit teilweisen 20 Bewegungen, während 6 vorläufig ohne Erfolg abgebrochen werden mußten. Es ist leider immer noch zu beklagen, daß ein großer Teil der Erfolge der Streiks und Lohnbewegungen nicht ziffernmäßig erfasst werden kann. Des liegt zum Teil an der mangelnden Mitteilung des wirklich Streikenden durch die betreffenden Kollegen, zum Teil aber auch daran, daß sich die erreichten Mehrerlösdienste im Akkord, der Wert sonstiger Verbesserungen usw. nicht genau statistisch erfassen lassen. Aus diesen Gründen ergeben die Mitteilungen über die Erfolge der gewerkschaftlichen Tätigkeit immer nur ein sehr unvollkommenes Bild und müssen immer unter Berücksichtigung der vorher dargelegten Umstände gemindert werden.

Soweit festgestellt wurden im Jahre 1913 für rund 820 Kollegen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 96,74 Mark im Jahr oder insgesamt 79 052 Mark und für 12 Kollegen eine Arbeitszeitverlängerung von 1800 Stunden pro Jahr erzwungen. Infolge des außerordentlich hartnäckigen und langwierigen Kampfes in Menden waren die Streiklosten im Berichtsjahre außerordentlich hoch. Sie betragen insgesamt 190 303,31 Mark gegen 96 957,80 Mark im Jahre vorher. Wenn auch der Menden Kampf wie die meisten großen Kämpfe nicht mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet werden konnte, so ist doch die Absicht des Unternehmerverbandes, die Arbeiterorganisation, unseren christlichen Metallarbeiterverband zu zerstückeln und damit die Menden Arbeiter schlaglos der Unternehmerwillkür ausgeliefert zu bekommen, gründlich vereitelt worden. Wie die Menden Arbeiter vorher den Kampf bearbeitet und welche Erfahrungen sie während und nach dem Kampf gesammelt haben, ging so mit vollkommener Klarheit aus dem Brief eines Menden Fabrikanten an den Arbeitgeberverband hervor, der in der Nr. 9 unseres Verbandsorgans in diesem Jahre abgedruckt worden ist.

Nachdem bereits im Jahre 1912 für die in der Fabrik beschäftigten Kettenstühle ein Preistarif abgeschlossen worden war, gelang es aus im Berichtsjahre, auch für die in der Heimarbeit tätigen Kettenstühle ein Preisverzeichnis mit den in Betracht kommenden Firmen zu verhandeln, das wesentliche Verbesserungen gegen frühere anweist.

Außer den oben dargelegten ziffernmäßig festgestellten Erfolgen wurden noch eine ganze Reihe sonstiger Verbesserungen erzielt und Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgewehrt, die alle anzuführen im Rahmen dieses Berichts

nicht gut angängig ist. Um wieviel größer hätten diese Erfolge noch sein können, wenn

Das Organisationsverhältnis

im Bezirk besser wäre. Nach den Ergebnissen der Berufs- und Betriebszählung von 1907 waren in dem ganz zum Bezirk gehörigen Regierungsbezirk Minden vorhanden 14 715 Metallarbeiter; im Regierungsbezirk Arnsberg abzüglich derjenigen Kreise, die zum 1. und 2. Bezirk gehören, 78 669 Metallarbeiter. Dazu kommt noch der Kreis Beckum des Regierungsbezirks Münster mit 2134 Metallarbeiter, so daß insgesamt im Jahre 1907 im 3. Bezirk 95 518 Metallarbeiter vorhanden. Gegenwärtig dürfte diese Zahl 110 000 übersteigen.

In den einzelnen Gegenden des Bezirks ist das Organisationsverhältnis außerordentlich verschieden. Am Besten ist es durch die Uebermacht des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Bielefeld im Bezirk Minden, wo annähernd zwei Drittel der vorhandenen Metallarbeiter organisiert sind. Leider kann man nicht behaupten, daß auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter dieses Bezirks dieser Organisationsziffer entsprechen. Ein ganz anderes Bild bezüglich der Organisationsziffer zeigt dagegen der zum 3. Bezirk gehörige Teil des Regierungsbezirks Arnsberg. Von den rund 90 000 Metallarbeitern dieses Bezirks ist nicht ganz der vierte Teil organisiert. Auch ist es dank der rührigen Tätigkeit unserer Kollegen in diesem Teil wohl vollständig ausgeschlossen, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hier jemals die überragende Stellung erhält, welche er — nicht gerade zum Nutzen der Arbeiter — in Bielefeld einnimmt. Im Gegenteil scheint das Vertrauen zu ihm in einigen Teilen des Bezirks ganz gemindert geschwunden zu sein. Hat doch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Märkischen Sauerland, d. h. in den drei Verwaltungsteilen Hagen, Geyersberg-Schwelm und Lüdenscheid nach der großen Aussperrung 1910 bis ultimo 1913 rund 2½ Tausend Mitglieder verloren, wie er ja auch im Jahre 1913 im 7. Bezirk (Rheinland-Westfalen) einen Verlust von über 3000 Mitglieder aufweist. Auch der Hirsch-Dunckerische Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter weist im Jahre 1913 nach den vorliegenden Monatsberichten einen beträchtlichen Rückgang seiner Mitgliederzahl in Rheinland und Westfalen auf.

Es ist erklärlich, daß bei den eingangs geschilderten Konjunkturvhältnissen und der oben dargelegten Entwicklung der Konkurrenzorganisationen wir gerade keine glänzende

Entwicklung

erwarten konnten. Immerhin können wir unter Berücksichtigung der obwaltenden Umstände mit unserer Entwicklung zufrieden sein. Die Zahl der Neuaufnahmen ist im Berichtsjahre ziemlich erheblich zurückgegangen. Sie betrug 2170 gegen 3107 im Jahre 1912.

Wenn trotzdem nur ein geringer Verlust in der Mitgliederzahl zu buchen ist, so beweist dies, daß wir nach der außerordentlich sprunghaften Entwicklung in den Jahren 1910 und 1911 langsam wieder zu einem stabilen Mitgliederbestand gekommen sind, der zu den besten Hoffnungen für die zukünftige Entwicklung berechtigt. Ein gutes Bild über die Entwicklung unseres Bezirks in den letzten vier Jahren gibt folgende Tabelle:

	Zahl der Neuaufnahmen	Gesamtzahl der verkauften Marken	Einnahmen aus Marken-Verkauf M.	In die Hauptkasse abgefertigt M.	Einnahmen der Lokalkasse M.
1910	5259	217190	122805,90	81809,75	63206,50
1911	3618	311127	171288,05	106985,94	58085,15
1912	3107	311776	173707,45	97364,30	75047,28
1913	2170	310062	181943,90	122634,39	65033,20

Würde die Zahl der Neuaufnahmen nur einigermaßen die Höhe der beiden vorhergehenden Jahre erreicht haben, dann hätten wir im Bezirk einen erheblichen Fortschritt aufweisen können. Das muß für unsere Kollegen ein deutlicher Fingerzeig dafür sein, wo in Zukunft der Hebel anzusetzen ist. Der geringe Rückgang in der Zahl der verkauften Marken zeigt den kleinen Rückschlag, den wir erlitten haben, der aber im ersten Quartal dieses Jahres schon wieder ausgeglichen ist. Den an die

Hauptkasse

abgelieferten Geldern stehen erhebliche Zuschüsse der Hauptkasse gegenüber, und zwar:

	1910	1911	1912	1913
R.	49 280,00	49 501,50	72 430,00	170 510,00

Im Berichtsjahre übersteigen also erstmals die Zuschüsse der Zentrale erheblich demjenigen Betrag, der vom Bezirk an die Zentrale abgeliefert worden ist. Der Rückgang in den Einnahmen der Lokalkasse erklärt sich aus der Verringerung der Ertragsbeiträge durch die Neuregelung der Verbandsbeiträge im Jahre 1912. Die Markenziffer hat sich im Berichtsjahre gebessert, ist aber noch nicht befriedigend. Die Mitgliederzahl würde eine erfreulichere Entwicklung aufweisen, wenn nicht auch in unserem Bezirk ein immerhin erheblicher Wanderungsverlust zu verzeichnen wäre. Den 492 zugerechneten Kollegen stehen 779 abgereifte gegenüber; 38 Kollegen find durch Tod abgegangen und 161 sind zum Militär eingetretten, während nur 59 vom Militär zurückgekommen sind. Die letzte Erscheinung ist in der Hauptsache auf die sonst gewiß sehr erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl unserer Jugendklasse zurückzuführen.

Die Hauptsteuerung der Ausgaben für Unterstützungen weist naturgemäß infolge des großen Menden Kampfes die Streikunterstützung auf. Aber auch die übrigen Unterstützungsarten zeigen durchweg steigende Tendenz. Insgesamt sind den Mitgliedern an Unterstützungen aller Art im Berichtsjahre 235 453,18 Mark direkt wieder zugute gekommen. Die Steigerung der Arbeitslohnunterstützung von 4650,92 Mark in 1912 auf 9693,01 Mark in 1913, also um mehr als das Doppelte beweist ebenfalls, daß die Konjunktur im Berichtsjahre keine rosige war.

Das Versammlungswesen

war im Jahre 1913 außerordentlich rege und weist gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Steigerung auf. Es wurden abgehalten 946 Mitglieder-, 128 öffentliche und 930 Werkstätten- und Betriebsversammlungen. Hinzukommen 783 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. Außerdem wurden über 40 000 Flugblätter verteilt.

An der

Hausagitation

nahmen im Berichtsjahre 499 Kollegen teil, die insgesamt 593 Neuaufnahmen für den Verband erzielten. Wenn somit die Be-

Schlüsse des Dortmunder Verbandstages im Bezirk nicht ganz beachtet geblieben sind, so muß doch gesagt werden, daß bei einer stärkeren Beteiligung der Kollegen ein erheblich besseres Resultat hätte erzielt werden können und dadurch auch das Endergebnis wesentlich günstiger geworden wäre.

Die Bezirkskasse

Wies eine Einnahme von 34012,23 Mark und eine Ausgabe von 33800,90 Mark auf, so daß noch ein Bestand von 211,33 Mark verblieb. Dieser Bestand ist entsprechend den großen Aufgaben des Bezirkes entschieden unzureichend und bedarf dringend einer gründlichen Aufbesserung.

Nach einer kurzen Schilderung der Tätigkeit des Bezirksleiters selbst, schloß Kollege Hirsfelder seinen interessanten Bericht mit einem dringenden Appell zu intensiver Mitarbeit in diesem Jahre. Die kleine Scharte, die wir im Vorjahre unter der Ungunst der Verhältnisse erlitten hätten, sei bereits durch die kräftige Arbeit bei der Hausagitation im 1. Quartal wieder ausgeweht. Wenn alle Kollegen sich der Pflicht der Mitarbeit im Verbandsbewußtsein würden und dementsprechend handelten, würden die Ergebnisse dieses Jahres wieder eine erfreuliche Aufwärtsbewegung aufweisen.

Im Anschluß an den Bericht des Bezirksleiters wurde demselben auf Antrag des Kollegen Brüniger-Hamm für die Führung der Kasse, deren Revision zu beanstandungen keinen Anlaß gegeben hatte, Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Ausschusses ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Ausschußmitglieder: Stier- und Brüniger-Hamm, Hild-Bielefeld, Gebehenne-Hagen und Kortmann-Menden.

In der anschließenden, sehr ausgedehnten

Diskussion

an der sich Kollegen aus allen Ortsgruppen beteiligten, wurde der Bericht des Bezirksleiters in Einzelheiten ergänzt und besonders bemerkenswerte Vorkommnisse aus den einzelnen Gruppen zur Sprache gebracht. Auch wurden von verschiedenen Seiten Wünsche geäußert, bezüglich Abhaltung von Branchenkongressen für mehrere Branchen. Die diesbezüglichen Wünsche wurden durch Entschlüsse dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Der

Höhepunkt der Konferenz

Bildete das instruktive Referat des Kollegen Wieber, der zumeist interne Verbandsangelegenheiten besprach und Richtlinien für unsere Tätigkeit zeichnete. Die gespannte Aufmerksamkeit, mit der alle Anwesenden den interessanten Ausführungen des Verbandsvorsitzenden folgten, bewies wohl am besten, wie er die Kollegen mit seinen Ausführungen zu fesseln verstand. Wie es bereits in der Diskussion durchgeklungen, so bewies besonders die begeisterte Zustimmung, die Kollegen Wieber nach seinen Ausführungen zuteil wurde, daß die Kollegen des 3. Bezirkes den energischen Willen zur Tat haben und nunmehr alles daran setzen werden, um die große Schar der noch abseits stehenden Metallarbeiter für unseren Verband zu gewinnen. Nach mehr als sechsstündiger Dauer wurde darauf die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen.

Kollegen des 3. Bezirkes

Wir wollen uns von niemanden in der Treue und Hingabe für unsere Verbandsache übertreffen lassen. Mit der von alterseher bekannten wehrfähigen Treue und Zähigkeit an dem einmal als wahr und gut erkannten festhalten und nicht ruhen und nicht rasten, bis wir das große Ziel, das wir uns im Interesse des bedrängten arbeitenden Volkes gesteckt, auch erreicht haben. Dazu müssen alle mitarbeiten, damit das große Werk gelingt. Deshalb, auf zur Tat, dem Mutigen gehört die Welt!

Allgemeine Rundschau Die Bedeutung der Wahlen zu den Ausschüssen der Versicherungsanstalten und zu den Oberversicherungsämtern

a) Wahlankündigungen.

Wenn die Wahlen zu den Versicherungsämtern, die ja augenblicklich noch im Gange sind, getätigt sind, werden die neugewählten Beisitzer der Versicherungsämter alsbald in die ehrenvolle Lage kommen, ein doppeltes Wahlrecht auszuüben. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe kündigt im „Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung“ (vom 12. Mai 1914) in einer Verfügung an die Oberpräsidenten die Wahlen zu den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten bereits an. Auch stellt er den Oberpräsidenten schon die „Musterwahlordnung“ gedruckt zur Verfügung. Außerdem bringt der Minister einen Abdruck zur Kenntnis, in dem die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen werden, daß die Vorarbeiten zu den Wahlen der Arbeitgeber und Versichertenvertreter an den Oberversicherungsämtern so zeitig zu beginnen hätten, daß die Aufforderung an die wahlberechtigten Beisitzer an den Versicherungsämtern spätestens Anfang Juli 1914 ergehen kann, damit die Neugewählten ihr Amt am 1. Oktober 1914 antreten können. Die Wahlen zu den Ausschüssen der Invalidentversicherungsanstalten sollen ebenfalls so zeitig vorbereitet werden, daß sie zur selben Zeit beginnen können. Die neugewählten Ausschüsse sollen ihr Amt ebenfalls am 1. Oktober 1914 antreten. Die Wahlen zum Reichsversicherungsamt, dessen neuzuwählenden Beisitzer ihr Amt am 1. Januar 1915 antreten, finden dann jedenfalls im letzten Vierteljahr 1914 statt.

b) Ausschüß der Landesversicherungsanstalten.

Jede Versicherungsanstalt hat einen Ausschüß. Er besteht je zur Hälfte aus Vertretern der beteiligten Arbeitgeber und Versicherten und zählt mindestens zehn Mitglieder. Diese werden von den Versicherungsvertretern bei den Versicherungsämtern des Bezirkes der Versicherungsanstalt je getrennt von den Arbeitgebern und den Versicherten gewählt. Sie müssen im Bezirke der Versicherungsanstalt wohnen. (Paragraph 1351 RVO.) Für jeden Vertreter werden mindestens zwei Ersatzmänner gewählt.

Die Oberpräsidenten werden demnächst die amtliche Wahlordnung erlassen und die Versicherungsvertreter auffordern, Vorschlagslisten bis zu einem bestimmten Termin einzureichen. Alles Nähere bringt die Wahlordnung zur Kenntnis der Wahlberechtigten. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlsystem und zwar darf nur für unveränderte Listen gestimmt werden.

Die vom Deutschen Arbeiterkongreß beauftragte oberste Wahlleitung wird in jedem Bezirk einer Invalidentversicherungsanstalt einen sachkundigen Wahlleiter mit der Aufstellung der Kandidatenliste, die möglichst alle Gebietsteile berücksichtigt, betrauen. Es steht zu hoffen, daß alle christlich und national gesinnten Beisitzer an den Versicherungsämtern geschlossen für diese Listen am Wahltage eintreten. Jede Zerspaltung wäre direkt schädlich und käme dem sozialdemokratischen Gegner zugute.

c) Aufgaben der Ausschüsse an den Invalidentversicherungsanstalten.

Dem Ausschüß bleibt vorbehalten: 1. die nichtbeamteten Vorstandsmitglieder der Anstalt zu wählen; 2. den Voranschlag (Einnahmen und Ausgaben) für das kommende Geschäftsjahr festzusetzen; 3. die Jahresrechnung abzunehmen; 4. die Sitzung zu ändern. (Par. 1353 RVO.) Bei Erwerb, Veräußerung oder Befreiung von Grundstücken im Werte von mehr als eintausend Mark wird die Anstalt von dem Vorstand und dem Ausschüß vertreten.

Der Vorstand bedarf auch der Zustimmung des Ausschusses zur Bildung von Rückversicherungsverbänden (Par. 1354 RVO.) Aus der vorstehenden kurzen Skizzierung der Aufgaben des Ausschusses ist ohne weiteres seine Bedeutung ersichtlich. Wenn man sich noch vergegenwärtigt, welche tiefgreifende Rechte der Vorstand der Landesversicherungsanstalt, der ja von den Ausschüßmitgliedern gewählt wird, hat, dann ist wohl jedem Wähler die hohe Bedeutung der kommenden Ausschüßwahl für die Arbeiterklasse klar. — Ueber die Wahlen zu den Oberversicherungsämtern und ihre Bedeutung äußern wir uns in der nächsten Nummer.

Der Rechtsschutz in den christlichen Gewerkschaften

Neben der Vertretung der Arbeiterinteressen beim Abschluß des Arbeitsvertrages — bekanntlich die Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Selbsthilfe — gewähren die christlichen Gewerkschaftsverbände ihren Mitgliedern auch Rechtsschutz in allen Streitfragen, die sich aus der Arbeiterversicherung und dem Arbeitsverhältnis ergeben. Hinsichtlich der Sozialversicherung haben die christlichen Gewerkschaften in Gemeinschaft mit konfessionellen Arbeitervereinen ein besonderes Zentralbüro für Vertretung am Reichsversicherungsamt in Berlin eingerichtet. Diesem Büro wurden im Jahre 1913 im ganzen 625 Revisionen und Rekurse überwiesen. Darunter waren 40 Revisionen in Invalidenstreitsachen, 12 Revisionen in Knappschaftsangelegenheiten und 573 Rekurse in Unfallangelegenheiten.

Der von den Bezirks- und Lokalsekretariaten haupt- und nebenamtlich erteilte Rechtsschutz hat einen erheblichen Umfang angenommen. Wie im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ (Nr. 8, 1914) berichtet wird, wurden im Jahre 1913 insgesamt 18916 Auskünfte erteilt und 23902 Schriftsätze angefertigt. Die Summe der erzielten Barerfolge belief sich für die beteiligten Mitglieder auf 190053,61 Mark. Der gesamte materielle Erfolg ist aber viel höher, da z. B. die ermittelten Renten laufend gezahlt und eine große Anzahl von Renten nachgezahlt werden müssen. Diese Summen lassen sich statistisch nicht erfassen. Außerdem benachrichtigten auch viele Rechtssuchende die Rechtsschutzstellen nicht von dem Ausgang ihrer Sache. Von den 18916 Auskünften und 23902 Schriftsätzen entfielen 14037 Auskünfte und 18652 Schriftsätze allein auf die Rechtsschutzbüros des Gewerkschaftsvereins christlicher Arbeiter. Von den erzielten Barerfolgen (190053,61 Mark) kommen auf dessen Rechtsschutztätigkeit 166732,90 Mark. Die übrigen Barerfolge setzen sich fast ausschließlich aus gewerkschaftsseitigen Bauarbeitern zusammen, von den Unternehmern vorerhaltenen Löhnen zusammen. Die Auskünfte und Schriftsätze verteilen sich auf die verschiedenen Auskunftszweige wie folgt: Sozialversicherung 10847 Auskünfte und 13191 Schriftsätze; Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, Steuer usw. 2120 Auskünfte, 4374 Schriftsätze; Gewerbeamt, Dienst- und Lehrvertrag 2440 Auskünfte, 1847 Schriftsätze; Sonstiges bürgerliches Recht usw. 3819 Auskünfte und 3335 Schriftsätze.

In den vorstehend angegebenen Ziffern ist die gesamte Rechtsschutztätigkeit der christlichen Gewerkschaften jedoch nicht vollständig enthalten. Eine große Anzahl von Zustellungen und Ortskartellen steht im Vertragsverhältnis mit konfessionellen Arbeitersekretariaten und Volksvereinsbüros, die den Mitgliedern der christlichen Verbände Rechtsschutz erteilen. Genaue Ziffern darüber liegen nicht vor, dürften aber die von den christlichen Gewerkschaften direkt erteilten Rechtsschutzziffern an Zahl noch übertreffen. Im Jahre 1912 haben die christlichen Gewerkschaften im Interesse ihrer rechtssuchenden Mitglieder die Summe von 116703 Mark ausgegeben. Diese Ausgaben sind durch die erzielten Erfolge doppelt und dreifach wieder wett gemacht worden.

Bilder aus dem Leben der Ortsgruppen

II.

Lebhaft stehen mir noch die ersten Eindrücke vor Augen, die ich von der christlichen Gewerkschaftsbewegung empfing, als ich mit ihr bekannt wurde. Beinahe ein Jahrzehnt ist es her; es war noch in der Sturm- und Drangperiode. Welche Beweggründe waren es, die mich veranlaßten, Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes zu werden und an dessen Stärkung mitzuarbeiten?

War es etwa der Gedanke, daß der Christliche Metallarbeiterverband für die Beiträge Unterstüßungen leistet? Keineswegs; denn das konnte ich auch durch Beitritt in eine Kranken- und Sterbelade erreichen. Was mich für den Christlichen Metallarbeiterverband gewann, das war das Gewerkschaftsideal. Ich sah und spürte die Ohnmacht des einzelnen Arbeiters gegenüber dem Kapital, die geringe Schutzhülle, mit der man den Arbeiter behandelte und bewerkte. Weiter bemerkte ich, wie die Sozialdemokratie sich die „freien“ Gewerkschaften zur Gewinnung der Arbeitermassen nutzbar machte. Angesichts des großen Unterschiedes zwischen Arbeitsleistung und Lohn, drängte sich mir aber auch der Gedanke auf nach einer Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ich fragte mich: „Liegt mir nichts daran, wie sich meine Lage in Gegenwart und Zukunft gestaltet, habe ich kein Interesse an der gesellschaftlichen Stellung und Wertung meines Standes, kann ich tatenlos zusehen, wie andere Arbeitskollegen kämpfen und Opfer bringen, ist es nicht Eigennutz von mir, wenn ich ernten will, was andere in schwerer Arbeit, oft unter Gefährdung ihrer Existenz, für die Gesamtheit der Arbeiter und damit auch für mich getan haben?“ Ich fragte mich weiter: „Ist es nicht praktische Nächstenliebe, in gemeinsamer Organisationsarbeit für die Hebung des Arbeiterstandes meine Person einzusetzen. Liegt mir nichts daran, einer Arbeiterbewegung zur Erstarkung zu verhelfen, die frei von arbeiterschädigendem Radikalismus und höriger Knechtschaft, eine wahrhafte Interessenvertretung der Metallarbeiter bildet?“

Gedanken dieser Art waren es, die meinen Kopf durchfliegen, als ich zum ersten Male an einer christlichen Gewerkschaftsversammlung teilgenommen hatte. Erste Arbeiterworte waren es, die mir die Gebote der Solidarität zuriefen. Da gab es für mich kein Befinnen mehr, — ich wurde Mitglied im Christlichen Metallarbeiterverband. Stolz war ich darauf, nun mit Kollegen für die Verwirklichung des Gewerkschaftsideals arbeiten zu können. Mit dem Feuer der Begeisterung festete mich ein. So war es im weiten Verbandsgebiete. Wir kamen vorwärts, obwohl uns damals noch nicht die Hilfsmittel der Presse, der Literatur und die freigestellten Kollegen zur Verfügung standen. Die Widerstände waren groß, doch es ging vorwärts. Warum? Weil wir wußten, weil wir die Verbandsarbeit als unsere Arbeit, unsere Sache ansahen. Wir taten dies in dem

Bewußtsein, daß die Hebung des Arbeiterstandes in erster Linie Sache der Arbeiter selbst sein muß. Wenn wir selbst zur Verbesserung unserer eigenen Lage nichts tun, so haben wir kein Recht, andere Stände anzuklagen, daß sie nichts für die Arbeiter übrig haben. So faßte ich den Zweck und die Aufgaben einer Gewerkschaft auf.

Leider gibt es heute Kollegen, die die Organisation in erster Linie nach den Unterstüßungen messen. In der Ortsgruppe S. glauben die Kollegen, den dort bestehenden Unterstüßungshunger der Genossen nachahmen zu müssen. Die Metallgenossen in S. — ein Charakteristikum für eine Organisation, die dem Klassenkampfe huldbig — wollen durch lokale Krankenladentaktik Gewerkschaftsaufgaben lösen. Davon lassen sich Kollegen blenden. Der Beitrag ist ihnen zu hoch und die Unterstüßung zu niedrig. Mit Unterstüßungen glauben sie auch die Agitation betreiben zu können; welche Begriffsverwechslung! Sie denken nicht an die Wirtschaftskämpfe, nicht an den immer stärker werdenden Zusammenschluß im Arbeitgeberlager; sie verkennen überhaupt die Situation in der ganzen Metallindustrie. Warum muß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband so manche Bewegung abwürgen? Weil er die Mittel für allerlei Unterstüßungen verpulvert. Haben die Kollegen darüber noch nicht nachgedacht? Sollen die Metallarbeiter vom Unternehmertum nicht an die Wand gedrückt werden, dann heißt es: Rüste bei Zeiten!

Dann aber auch die Frage: Sollen wir den Unterstüßungszweck den Gewerkschaftsaufgaben vorantstellen? Was nützt dem Arbeiter die beste Krankenkasse, wenn der Lohn so miserabel ist, daß er nicht in der Lage ist, sich und die Seinen richtig ernähren und kleiden zu können? Die Gesundheit und ein entsprechender Verdienst ist besser, als durch Unterernährung und Ausbeutung aufs Krankenlager geworfen zu werden. Was nützt die beste Sterbelade, wenn der Arbeiter durch lange Arbeitszeit und gesundheitsschädliche Verhältnisse frühzeitig seiner Familie entzissen wird? Damit ist also nicht geholfen. Die Gewerkschaftsbewegung muß durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit erst die materielle Grundlage schaffen, sonst kann es so weit kommen, daß die Arbeiterklasse wohl gute Krankenkassen hat, aber kein Verdienst um die Beiträge dazu aufbringen zu können. Da heißt es zuerst Gewerkschaftsarbeit verrichten. Das möge auch denen gesagt sein, die glauben, wenn sie einigen Kranken- und Sterbeladen angehören, genügend organisiert zu sein.

Und nun die Erfolge der Unterstüßungstaktik in der Ortsgruppe S.? Das erste ist, daß die Kollegen unter sich selbst nicht zufrieden sind. Für die Allgemeinheit, die Erweiterung der Agitationsmöglichkeit des Bezirkes usw. hat man nichts übrig. Man jammert stets über die Verhältnisse, kommt aber nicht dazu, etwas zur Venderung der Verhältnisse zu tun. Bei bald 50 Mitgliedern ist im Quartal eine einzige Aufnahme zu verzeichnen. Zur Hausagitation und sonstiger Werbearbeit kann sich niemand aufraffen. Die Stimmung fehlt! Sie fehlt deswegen, weil die Kollegen die Bedeutung

des Gewerkschaftsideals nicht genügend würdigen und Kirchentumspolitik treiben. Ich bin überzeugt, würde man den Gewerkschaftsgedanken vorantreiben, sich aufpassen und Zeit und Kraft, die man in verkehrter Weise verbraucht, zur tatkräftigen Werbearbeit verwenden, nicht bloß jammern, so stände es um die Entwicklung der Gruppe besser. Das gleiche gilt auch vom Versammlungsleben der Gruppe, die ein Spiegelbild gekennzeichneten Stimmung ist. Ein richtiges Versammlungsleben kommt überhaupt nicht zustande.

Anders sieht es in der Verwaltungsstelle U. aus. Die Kollegen mit dem Vorwissen an der Spitze sind begeistert vom Gewerkschaftsideal; keine Unterstüßungsagitation. Die Versammlung kann pünktlich beginnen, von 90—100 am Platz wohnenden Kollegen sind, einschließlich der Jugendlichen ca. 75 Kollegen da. Die Versammlung ist erheben, begeisternd. Man spricht über die von der Gewerkschaftsorganisation zu lösenden Aufgaben auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und konstatiert, daß die Betriebs- und Hausagitation in der Verwaltungsstelle im ersten Halbjahr 63 Aufnahmen gebracht hat. Ein lautes Bravo und Händeklatschen belohnt Vorstand und Agitatoren ihrer Arbeit. Dann wird gesprochen über die Notwendigkeit einer noch intensiveren Agitation. Nicht nur einiger Kollegen sollen dies tun. Nein alle ohne Unterschied. Alte Kollegen, zeigt eure Erfahrung, lehrt die Jugend. Und du, jugendlicher Kollege, stelle dich mit dem ganzen Feuer deiner jugendlichen Begeisterung in die Werbearbeit, tue den Vorkämpfern unseres christlichen Metallarbeiterverbandes nach. Nicht nur sprechen tun sie, nein sie wollen es auch durch die Tat beweisen. Dann reden die Kollegen von der Opferwilligkeit für die Organisation für sich selbst. Sie wissen, daß sie die Organisation bilden und wenn diese stark dasteht, auch in finanzieller Beziehung, dann haben sie den Vorteil davon, denn jeder von ihnen ist ein Glied des Verbandes. Keine Anträge auf Ausdehnung des Unterstüßungswesens. Ein Antrag findet einstimmige Annahme, der die Mittel zur Verfügung stellen will, zu größerer Agitationsmöglichkeit im Verbandsbezirke. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unser christlichen Metallarbeiterverband, in dem der Wille zur Tat brausend zum Ausdruck kommt, wird die Versammlung beendet.

Ich ging nach Hause. Die Erfassung des Verbandszweckes von Akt und Jung in der Versammlung hatte auch mich wieder gehoben, alte Gedanken und Erinnerungen wachgerufen. Sie jagten mir, daß die Parole, die ich mir beim Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband gestellt hatte, und die in der Versammlung so überzeugend zum Ausdruck gekommen waren, mich verlassen sollten mit noch vermehrter Energie und Ausdauer an der inneren und äußeren Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes mitzuarbeiten. Der Gedanke, einer edlen Sache gedient zu haben, meiner Pflicht gegen mich und die Gesamtheit erfüllt zu haben, mag dann mein Lohn sein.

Ein vierwöchentlicher Ausbildungskursus

findet vom 9. August bis einschließlich 5. September dieses Jahres im Studienhause der Evangelisch-sozialen Schule statt.

Das gewerbliche Schulwesen

hat in letzter Zeit eine erfreuliche Aufwärtsbewegung durchgemacht. Wie aus dem soeben erschienenen V. Verwaltungsbericht des preussischen Landesgemerbeamtes hervorgeht, hat nicht nur die Zahl der Schulen, insbesondere auch der Fortbildungsschulen ständig zugenommen, sondern auch die Zahl der Schüler und Schülerinnen ist erheblich gewachsen.

Der größte Anteil an der Vormärtsentwicklung entfällt auf die Fortbildungsschulen. Auf Grund der Gewerbeordnungs-Novelle vom 27. Dezember 1911 haben nunmehr fast alle größeren Gemeinden die Schulpflicht für männliche, jugendliche Arbeiter durchgeführt.

So sehr diese Entwicklung zu begrüßen ist, so sehr wäre zu wünschen, daß auf anderen Gebieten etwas mehr Zurückhaltung beobachtet würde. In der letzten Zeit häufen sich die Klagen darüber, daß die Fortbildungsschulen mit Zwangsmassnahmen die Schüler in Vereine hineinzuziehen, die nicht nur dem Jungdeutscherbund, sondern auch dem gelben Jugendbund nahestehen.

Wie wenig Grund die Fortbildungsschulen haben, sich um solche außerhalb ihres Aufgabengebietes liegende Angelegenheiten zu kümmern, und dabei wichtigere Dinge zu vernachlässigen, zeigt sich in letzter Zeit wieder einmal mit aller Deutlichkeit. Bekanntlich sind die Arbeitgeber verpflichtet, ihren jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen die zum Besuche der Fortbildungsschule notwendige Zeit freizugeben.

Aus dem Graphischen Gewerbe

Unter den Gehilfenorganisationen im Graphischen Gewerbe steht auf christlicher Seite neben dem Gutenbergsbund, der die Buchdrucker und Schriftsetzer umfaßt, der Graphische Zentralverband (Stg Köln, Wenzelwall 9), der für die Buchbinder, Lithographen, Steinbrucker, sowie für die Arbeiter der Kartonnagen- und Papierfabriken zuständig ist.

Die „Berliner“ gehen zu den Sozialdemokraten

Bekanntlich haben die in Trier erscheinenden Petrusblätter das menschenmögliche in den Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften geleistet. In berediger „integraler“ Weise konstruieren und spezifizieren sie: die christlichen Gewerkschaften sind eine Durchgangsstation zur Sozialdemokratie.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik Pais & Co. in Trier gehörten bis vor kurzem zu jenen, die von der Berlinerlei am stärksten erfaßt waren. Versuche, sie für den christlichen Gewerkschaftsverband zu gewinnen, waren ohne Erfolg.

So geschah in Trier am Sitze der integralen Petrusblätter. Wir richten hierdurch an die Petrusblätter die offene Anfrage, was sie angesichts dieser Sachlage zu tun gedenken. Wir wissen, daß wir auf diese Frage keine Antwort bekommen werden.

Es ist zwecklos an die Berliner einen Appell zur Einsicht zu richten. Systematisch gehen sie darauf aus, die christl. Gewerkschaften als das Gefährlichste hinzustellen, was es gibt. Für sie ist sogar die Sozialdemokratie das kleinere Uebel.

Der Regulator „reguliert“

Dem H.-D. „Regulator“ ist es in mehr wie einer Beziehung unangenehm, daß sich eine Reihe sozialdemokratischer Gewerkschaftsorganisationen in den Fußangeln des „fortschrittlichen“ Reichsvereinsgesetzes gefangen haben.

Die Hirsch-Duncker'sche Maschine läuft nun wieder ihren gewöhnlichen Gang. Uns drängt allerdings der Generalkat würde gut daran tun, auf dem Bewandnis zu Pfingsten einen Anschlag auf Anschaffung eines neuen „Regulators“ zu stellen.

Streits und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

- Breslau. Auf der Waggonfabrik Friede-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.
Breslau. Die Drahtzieher des Eisen- und Stahlwerks Höpfig stehen in Kündigung.
Halle. Bei der Firma Körmann stehen die Former wegen Akkordarbeiten im Streik.
Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Vereinigung Krefelder Elektro-Sattlerfirmen stehen die Montierer und Hilfsmonteure wegen Tarifbruch der Arbeitgeber in Streik.

München. Die Arbeiter der Karrosserie- und Lugsuwagenfabriken stehen im Streik.

Sofingen. Die Waffenarbeiter sind ausgesperrt.

Wien. Die Arbeiter der Firma Anton Hamm stehen im Streik.

Zuzug ist fernzuhalten.

Tarifabschluß im Düsseldorf Wagenbauer-Gewerbe

Im hiesigen Wagenbauergewerbe ist, wie schon mitgeteilt, der Kampf um den Neuaufschluß des Tarifs zu Gunsten der Gehilfen beendet. Der Verlauf des Kampfes hat gezeigt, daß es heute im Düsseldorf Wagenbau besser um die Organisation bestellt ist, als bei dem Tarifabschluß vor drei Jahren.

Tarif-Vertrag

abgeschlossen zwischen der Wagenbauer-Zwangsinnung zu Düsseldorf einerseits, dem Gesellenausschuß und den unterzeichneten Organisationen andererseits.

Arbeitszeit

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/4 Stunden und zwar von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit einer 1 1/2stündigen Mittagspause und einer 1/4stündigen Frühstückspause. Samstags ist 5 1/2 Uhr Arbeitschluss.

Ueberstunden

2. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen geleistet werden. Als solche gelten alle diejenigen Arbeitsstunden, welche über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus geleistet werden.

Löhne

- 3. Der Mindestlohn für selbstständige Feuerschmiede beträgt 66 Pfg. p. St.
Der Mindestlohn für selbstständige Feilbänder und angehende Feuerschmiede beträgt 57 " "
Der Mindestlohn für sonstige im Wagen- und Autobau beschäftigte Feilbänder u. Zuschläger 50 " "
Der Mindestlohn für Jungschmiede, die noch nicht auf Wagenbau gearbeitet 45-50 " "
4. Der Mindestlohn für selbstständige Kastenmacher beträgt 66 " "
Der Mindestlohn für Kastenmacher, die ein Jahr als solche gearbeitet 52 " "
Der Mindestlohn für Kastenmacher, die noch nicht als solche gearbeitet, beträgt 50 " "
Der Mindestlohn für Radmacher u. im Grobwagenbau beschäftigte 60 " "
Der Mindestlohn für sonstige Stellmacher 45-50 " "
5. Der Mindestlohn für selbstständige Lackierer u. Ulfeser 36 " "
Der Mindestlohn für eingearbeitete Lackierer 55 " "
Der Mindestlohn für sonstige Lackierer 45-50 " "
Der Mindestlohn für selbstständige Sattler beträgt 66 " "
6. Der Mindestlohn für eingearbeitete Sattler beträgt 55-60 " "
Der Mindestlohn für sonstige Sattler beträgt 45-50 " "

Für jeden Sattler wird das nötige Werkzeug geliefert, ebenfalls wird den Sattlern für Abnutzung ihrer eigenen Werkzeuge 30 Pfg. pro Woche vergütet.

Für alle Gehilfen im ersten halben Gesellenjahre nach vollendeter Lehrzeit unterliegt der Lohn der Freien Vereinigung 3 Pfg. pro Stunde. Ab 11. Mai 1915 um 2 Pfg. pro Stunde betragen.

Lohnerhöhung

Alle bestehenden Löhne werden erhöht. Ab 11. Mai 1914 um 3 Pfg. pro Stunde. Ab 11. Mai 1915 um 2 Pfg. pro Stunde. Am 1. Mai 1916 um 1 Pfg. pro Stunde.

7. Kündigung findet gegenseitig nicht statt, jedoch muß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses dem anderen Teile eine Stunde vorher bekannt gegeben werden. Das Arbeitsverhältnis kann nur abends gelöst werden.

8. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich und zwar Freitags vor Beendigung der Arbeitszeit.

9. Zur Schlichtung von etwaigen tariflichen Streitigkeiten entscheidet der Innungsvorstand mit den Organisationsvertretern und dem Gesellenausschuß. Wird keine Einigung erzielt, entscheidet als höchste Instanz das Gewerbegericht. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

10. Dieser Vertrag gilt als einheitliche Rechtsnorm für die gegenseitigen Beziehungen der Arbeitgeber und Arbeiter, (sowohl einzeln wie in der Gesamtheit innerhalb seines Geltungsbereichs. Zum Ausdruck dessen wird derselbe am Gewerbegericht niedergelegt.

11. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages in allen Betrieben des Vertragsgebietes einzusetzen und Verstöße gegen den Vertrag oder Umgehung desselben nachdrücklichst zu bekämpfen.

12. In jedem Betrieb müssen verschleißbare Kleiderschränke, Waschgelegenheit, eine richtiggehende Uhr und ein Verbandskasten mit genügendem Verbandsmaterial vorhanden sein.

13. Es wird nur die wirklich geleistete Arbeitszeit vergütet.

14. Der Vertrag ist in den Werkstätten sichtbar aufzuhängen.

Vertragsdauer und Kündigung.

15. Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. Mai 1914 bis 1. Mai 1917. Wird er nicht von einer der beiden Parteien zwei Monate vor Ablauf des Termins also erstmalig am 1. März 1917 gekündigt, so läuft derselbe stillschweigend ein weiteres Jahr.

Düsseldorf, den 8. Mai 1914.

(Unterschriften.)

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 31. Mai der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Mai bis 6. Juni fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Duisburg. Unsere Verwaltungsstelle hielt am Sonntag den 17. Mai eine Vorstände- und Vertrauensmännerkonferenz ab, die gut besucht war. Nach einem instruktiven Referat des Kollegen Burgartz über Verwaltungs- und Versammlungsweisen, Arbeitsnachweis und Agitation wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Um die Geschäftsstelle zu entlasten verpflichten sich die Vertrauensmänner, die monatlichen Abrechnungszettel gewissenhaft auszufüllen und spätestens bis zum 2. nach Monatschluß mit dem Kassierer abzurechnen. Erfolgt die Abrechnung zwei Monate hintereinander durch die Schuld des Vertrauensmannes nicht rechtzeitig, dann fällt die übliche Vergütung für die Beitragskassierung fort.
2. Die Zahlstellenvorstände sind verpflichtet, die Mitglieder- versammlungen mindestens 14 Tage vor ihrem Stattfinden der Geschäftsstelle anzumelden und dabei das Vortragsthema, welches behandelt werden soll, anzugeben. Erfolgt die Anmeldung nicht rechtzeitig, dann wird von der Geschäftsstelle kein Referent gestellt. Für die regelmäßigen Mitglieder- versammlungen sollen in Zukunft keine Einladungs- zettel hergestellt werden. Die Mitglieder sind auf die Bekanntmachungen der Versammlungen im Verbandsorgan und in der Tagespresse zu verweisen. Besonders ist auf die mündliche Agitation zum Besuch der Versammlungen Wert zu legen.
3. Um die Arbeitslosigkeit auf das möglichste Mindestmaß herabzudrücken, den zugereisten Mitgliedern bald Arbeits- gelegenheit beschaffen und den eingesehnen Kollegen die Möglichkeit der Veränderung geben zu können, verpflichten sich die Vertrauensmänner, dafür zu sorgen, daß alle offenen Stellen sofort der Geschäftsstelle gemeldet werden. Beschluß 2 und 3 wurden einstimmig, Beschluß 1 gegen vier Stimmen, von Meidericher Kollegen, gefaßt. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu dem vom Kollegen Burgartz entworfenen Agitationsplan. Die Einzelheiten desselben sind sämtlichen Vertrauensmännern durch ein Zirkular mitgeteilt worden. Die Konferenz verlief einmütig. Alle Kollegen vertraten die Auffassung, daß auch in den Sommermonaten bei planmäßiger Werbearbeit Erfolge erzielt werden können. Wir hoffen, daß die Früchte der Tagung sich recht bald zeigen werden.

Essen. (Klempner und Installateure.) In der Zeit vom 30. November v. J. bis zum 9. Mai d. J. fand unter Leitung des Herrn Betriebsinspektors Gruhn vom städt. Gas- und Wasserwerk an jedem Sonntag Vormittag von 10 bis 12 Uhr ein Fachkursus für Gas- und Wasserinstallateure statt. Das Programm, welches bereits in der Nummer 52, 1913 unseres Verbandsorganes veröffentlicht wurde, war erklafft. Zum Kursus hatten sich 37 Kollegen angemeldet. Er dauerte 18 Sonntage. Insgesamt waren 524 Teilnehmer zu verzeichnen, mithin ein Durchschnittsbefuch von 29 Kollegen. Wenn man bedenkt, daß der Kursus beinahe ein halbes Jahr in Anspruch nahm und noch dazu einige junge Kollegen wegen Arbeitsmangel adreisen mußten, kann der Besuch sehr befriedigen. Das ist aber auch ein Beweis dafür, daß in den Kreisen der christlich organisierten Gehilfenschaft ein starkes Bildungsbedürfnis vorhanden ist. Besonders hervorgehoben muß werden, daß nur durch die Energie und Ausdauer des Kursleiters der Erfolg zu verzeichnen war. Es sei daher Herrn Gruhn auch an dieser Stelle unser herzlichster Dank ausgesprochen.

Am 3. Mai fand unter Führung des Kursleiters die Besichtigung des städtischen Gaswerks, des Wasserturmes am Steelerberg, sowie der Pumpstation nebst den Wassergeminnungsanlagen an der Ruhr statt. Als Abschluß des Kursus fand Samstag, den 9. Mai, ein Ausflug nach Remscheid, und zum Wuppertale statt. In Remscheid wurde unter betriebskundiger Führung die Böttcherische Badeofenfabrik besichtigt. Zu dieser Tour hatte sich eine ansehnliche Zahl Kollegen eingeschrieben. Der Versuch, die Fachbildung zu pflegen, dürfte vollauf gelungen sein. Jetzt, wo in Essen für zwei Jahre die Klempner und Installateure unter tariflichen Verhältnissen arbeiten, heißt es, nicht ausruhen auf den Lorbeeren, sondern dafür zu sorgen, daß zunächst die tariflichen Abmachungen auch eingehalten werden. Daran aber ist es auch unsere Pflicht, die Sachkenntnisse zu erweitern, damit unsere Kollegen zu den besten des Gewerbes gezählt werden können. Im nächsten Winterhalbjahr soll wiederum ein ähnlicher Kursus stattfinden. Kollegen, stärkt unsere Reihen, damit der Erfolg auf allen Gebieten uns sicher ist.

Hohenlamburg. (Drahtzieher.) Von einem Kollegen, der bereits seit Jahren als Drahtzieher tätig ist, wird uns

folgendes geschrieben: Mit großem Interesse habe ich den Ausgang der Klage verfolgt, die ein Drahtzieher der Fa. Eicken u. Co. in Hagen angestrengt hatte, weil man ihm den Fehldrakt nicht bezahlte und dazu noch schadenersatzpflichtig machte. Derartige Vorfälle wie bei Eicken spielen sich auch in anderen Drahtziehereien genügend ab. Nur schweigen die Kollegen in den meisten Fällen, weil sie auf Grund des teilweise ganz miserablen Organisationsverhältnisses nicht in der Lage sind, sich ernsthaft zu wehren. Endlich, sollte man doch annehmen, müßten doch die indifferenten Kollegen die Augen darüber aufgehen, wohin wir kommen, wenn nicht die Drahtzieher geschlossen dem Verband beitreten. Als ein klassisches Beispiel könnte man ja hier die Firma Eicken u. Co. anführen. Schreiber dieses war auch dort längere Zeit tätig und kennt die Verhältnisse ziemlich genau. Schon seit Jahren haben die Organisationen den Arbeitern gesagt: organisiert euch. Und wenn Abzüge kamen, schien es auch so, als ob die Kollegen erwachen würden. Doch nur wenige Tage und alles war vergessen.

Ich erinnere nur an die hochgradige Erregung, die vor drei Jahren entstand, als man eines guten Tages fünf brave Kollegen, die jahrelang bei Eicken u. Co. tätig waren, plötzlich aufs Pflaster warf. Warum? Damals wurde auch experimentiert, wie man Draht verbilligen könne. Es entstand aber bald mehr schlechter Draht als guter. Mehrere Kollegen bekamen eines abends eine Partie Ringe gestiefelt, die trotz aller aufgewandten Mühe scharf wurden. Sie wandten sich an ihren Meister mit dem Ersuchen, entweder zu erklären, der schlecht gezogene Draht wird bezahlt oder nicht. Der Meister hatte aber dazu keine Vollmacht. (Heute scheint es ja anders zu sein). Weil nun die Kollegen nicht gern umsonst arbeiten wollten, ließen sie die Arbeit liegen. Was tat der Herr Betriebsleiter? Er warf die Kollegen einfach raus! Die Firma bekam, trotzdem das Verhalten der Kollegen nur zu verständlich war, Recht; die Klage auf Lohnzahlung wurde abgewiesen. Man nahm Kontraktbruch der Drahtzieher an. Ein Teil der Kollegen zog die richtigen Lehren aus diesem Vorgang andere aber lebten gleichgültig weiter.

Nicht nur bei Eicken und Co. in Hagen, sondern auch anderwärts kann man diese Gleichgültigkeit beobachten. "Et hit doch keinen Zweck." Wie häufig muß man nicht diesen Einwand hören von Kollegen, die sonst ziemlich helle sein wollen. Allerdings so lange wie sie als Einspänner ihre eigenen Wege wandeln, ist es schwer, Erfolge zu erringen. Aber warum gehen sie den Weg nicht, den alle standesbewußten Drahtzieher gehen müssen.

"Wat druk wie 'en Verband", so sagt ein anderer. Kommen dann solche Ereignisse wie jüngst in Hagen, kann dann wird aber geschimpft wie ein Kohlrupf. Wie oft erlebt man es da nicht, daß dann diese "Schlaumeier" sagen: "Ja, nu jast mi över doch verlangen, wat dā Verband maket." Diese einseitigen Toren! Sind zu träge und zu gleichgültig um früh genug dem Verband beizutreten und warten hernach auf Verbandshilfe. Sollte sich ein ehrlich denkender Drahtzieher nicht schämen, stets durch seine Gleichgültigkeit die Aktionsfähigkeit seiner Berufskollegen zu hemmen? Lasse man doch die Einwände beiseite. Wie viele werden nicht auch von den "Jaugen Bldragen". Kommt man dann mal näher dahinter, so ist für Fufel immer noch Geld genug übrig. Ja ich kenne Kollegen, die den dreifachen Beitrag und mehr für Schnaps umsetzen in der Woche, als was die Organisation an Beitrag verlangt. Fort mit der Schnapskulle und hinein in die Gewerkschaft!

Damit soll gewiß nicht gesagt sein, als ob alle Kollegen, die nicht dem Verbandsangehörigen, desto mehr Schnaps vertilgen. Es gibt auch manchen Kollegen, der eben zu knauserig ist um gern und freudig den Verbandsbeitrag zu zahlen. Wo bleibt aber die Knauserigkeit, wenn Abzüge vorgenommen werden. Regelmäßig erfordern die aber doch weit mehr als wie 80 Pfg. pro Woche Kollegen! Stärken wir doch mehr wie bisher die Einigkeit. Weit über tausend Drahtzieher gehören nun dem christlichen Metallarbeiterverbande an. Diese Kollegen haben eingesehen, was ihnen not tut, was dem Stande nützlich ist. Durch ihre Wirksamkeit ist manche Verschlechterung abgewehrt, ist mancher Fortschritt erzielt worden. Wer wollte denn gewissermaßen als Parasit leben und seine übrigen Kollegen für sich kämpfen lassen, selbst aber keinen Finger rühren? Setzt ich es an der Zeit, daß sich auch die Drahtzieher energisch aufraffen. Die Parole muß allenthalben lauten: Drahtzieher, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Kolnberg-Sulzbach. Die Tagespresse meldet von hier unter der Überschrift: "Die Gefahren der Groß-Eisen-Industrie. Einen Blick in die Gefährlichkeit der Hochöfen und Großindustrie genährt der letzte Mittwoch im Großhüttenwerk Kolnberg. Nachdem zuerst ein Mann, vom Schläge geführt, von seinem glücklichsten Arbeitsplatz wegransportiert werden mußte, schlug heute morgen ein umstürzender Stoß Eisenschmelzen dem Arbeiter Lang einen Fuß ab, und zwar in einer Art, daß das Leben dieses Arbeiters in Gefahr steht. Am selben Mittwoch sind einem dritten Arbeiter die Beine weggebrannt.

Es ist bekannt, daß in der Großindustrie viele Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter bestehen. Man sollte meinen, die Arbeiter müßten endlich aufwachen und versuchen, besseren Schutz für ihr Leben herauszuschlagen. Der Christliche Metallarbeiterverband hat sich es besonders angelegen sein lassen, für mehr Schutz der Arbeiter in der Großindustrie einzutreten. Die Gesellen fahren gerade umgekehrt. Von den Verunglückten ist keiner in unserem Verband. Da am Hochöfen fast nur Werkvereiner beschäftigt sind, müssen wir annehmen, daß auch Mitglieder des gelben Vereines unter den Verunglückten sind. Wo bleibt aber der Werkverein zum Schutze seiner Mitglieder? Warum bringt er nicht darauf, daß endlich einmal andere Zustände herbeigeführt werden? In der Wirtschaft wird über die Werksteilung geschimpft, daß man schufteln müsse wie ein Hund, fast alle Wochen kämen Unglücke vor, die nur auf das Hasten und Jaggen zurückzuführen seien. So reden die Gesellen an dem Ausschank, offen vor dem Meister ihre Meinung zu vertreten, fehlt ihnen die Courage. Jetzt hat die Maghütte wieder neue Maschinen im Walzwerk angeschafft. Die Arbeiter machten bisher pro Schicht etwa 150 Tonnen. Mit der neuen Einrichtung werden 250 Tonnen, ja es sollen schon 300 Tonnen pro Schicht hergestellt werden sein. Hat der gelbe Werkverein jetzt auch den Mut zu fragen, was die Arbeiter für die Mehrleistung erhalten? Oder soll das dem Christlichen Metallarbeiterverband wieder überlassen bleiben? Die Werkvereiner teilen ja auch nach der letzten Arbeiterauschüttung wieder mit, daß eine Lohnzulage nicht kommt. Haben sie da wieder eine Eingabe gemacht, die durchgerumpelt ist? Der Arbeiterchaft gehen alle Tage die Augen mehr auf, daß der Werkverein vollständig ohnmächtig ist.

An die Arbeiterschaft Rosenbergs ergeht der Ruf, sich endlich einmal geschlossen in unserem Verband zu organisieren! Welche schmerzlichen Stunden kommen für die Arbeiter bei den vielen Unglücksfällen. Und wenn sie nicht an sich denken, dann sollen sie doch wenigstens an ihre Familien denken. Mit Schimpfen über die Werksteilung und die Vorgesetzten ist nichts getan. Schuld an den schlechten Verhältnissen haben allein die Arbeiter, die sich der Organisation fernhalten und sich alles gefallen lassen; Arbeiter, die Vereinen nachlaufen, die die Arbeiterinteressen bis heute überhaupt noch nicht zu vertreten wagten. Jedem geht's so, als er es sich bieten läßt.

Kottenburg. Wenn man die Gegner der hiesigen Gewerkschaftsbewegung hört, so könnte man versucht sein, zu glauben, die hiesigen Verhältnisse wären die besten. Dem ist aber nicht so. Es kommen hier nur zwei Firmen in Betracht. Die Firma Fouquet u. Franz hat nun in einer nach 1. Januar d. J. durchgeführten allgemeinen Lohnregulierung ihr sozialfortschrittliches Verständnis in etwa gezeigt; sie erhöhte die Stundenlöhne um 1 bis 3 Pfennig, was bei Löhnen von 27 bis 32 Pfennig auch notwendig gewesen ist. Dagegen hat selbige Firma auf der anderen Seite die Akkorde verschiedentlich reduziert. Der größte Teil der Arbeiter ist nun in Akkorde beschäftigt. Vieles ist hier noch zu verbessern. Auch sei hier einmal die dicke Freundschaft zwischen Mittelinstanzen und einigen Glanzlingen, die zum Teil herrlich blüht, herangezogen.

Die Leitung ist zu entschuldigen, da solche Sachen ihr nicht unterbreitet werden. Zudem finden die Arbeiter auch nicht den Mut, aus Furcht vor Schikanen dieses zu rügen. Wenn in einer Abteilung seit der Arbeitszeitverkürzung ein Arbeiter 4,50 bis 5 Mark pro Tag verdient und sich an amtlicher Stelle damit brüstet, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß die Löhne von 2 bis 3 Mark keine Seltenheit sind. Auch wird man nicht behaupten wollen, daß diese Arbeiter der einzige tüchtige im Betriebe sei. Nachdem derselbe durch Krankheit nicht mehr zu jeder Arbeit tauglich ist, so gibt das jedem aufrechten Arbeiter zu denken. Dem von einem Ausschußmitglied eingereichten Vorschlag um Verbesserung wurde gar keine Antwort zuteil und erst nach mündlicher Anfrage wurden die Forderungen mit einem strikten Nein beantwortet, obgleich bei anderen Anlässen immer von "Fortschritt und Gerechtigkeit" die Rede ist. Auch bei der Firma Gebr. Jungmans (Filiale Kottenburg) sind die Verhältnisse nicht die besten. Hier sind es besonders einige Meister, die die Leute derart zu schikanieren verstehen, daß die meisten Arbeiter dieser Abteilung dem Geschäft den Rücken kehren. Junge Leute von 15 bis 17 Jahren werden mit 10 bis 15 Mark in 14 Tagen nach Hause geschickt; dafür können und wollen sie nicht arbeiten. Auch hat die Leitung die in letzter Zeit verschiedenen Arbeitern um zwei Pfennig erhöhten Stundenlöhne einfach nicht mehr ausbezahlt.

Gegen den in einigen Abteilungen üblichen Materialabzug ist energisch einzutreten und auf Beseitigung zu drängen. Auch ist in gesundheitslicher Beziehung vieles nachzuholen. Es sollte doch der Leitung zu denken geben, daß in der Abteilung Gehäusedreherei in verhältnismäßig kurzer Zeit drei Sterbefälle vorkamen und häufige Krankheitsfälle zu verzeichnen sind.

Kollegen von Kottenburg! Diese Verhältnisse können nur durch einmütiges Zusammenstehen aller Arbeiter behoben werden. Werbet für den Christlichen Metallarbeiterverband!

Stollberg-Alten. (Ortsverwaltung.) Die Quartalsgeneralversammlung unserer Ortsverwaltung fand am 17. Mai in Höhe statt. Wir hielten die Generalversammlung in Höhe ab aus dem Grunde, weil die dortige Sektion im Verkauf eines Jahres ihre Mitgliederzahl durch eine intensive Hausagitation mehr wie verdoppelte. Als Gäste waren anwesend die Präsidien des katholischen Arbeiter- und Sänglingsvereins, welche vom Vorsitzenden freundlich begrüßt wurden.

Aus dem Tätigkeits- und Kassenbericht sei wiedergegeben: Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 5216,70 M., die Ausgaben 2026,94 M. An die Hauptkasse wurden abgeliefert 3189,76 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 2413,13 M., die Ausgaben 1667,43 M., sodas noch ein Bestand von 745,70 M. verbleibt. Der Kassenbestand am Schluß des vorigen Quartals betrug 914,27 M. und ist somit um 163,57 M. zurückgegangen. Dieser Rückgang ist hauptsächlich dadurch zu verzeichnen, daß für agitatorische Zwecke bedeutend mehr ausgegeben wurde. Trotzdem müssen alle Kollegen in den Ausgaben mehr Zurückhaltung üben. Wir müssen dahin arbeiten, daß wir in der Ortsverwaltung einen der Mitgliederzahl entsprechenden Kassenbestand haben.

Mitgliederbewegung: Am Schluß des vorigen Quartals 779 Mitglieder. An Aufnahmen sind zu verzeichnen 89, Uebertritte 9, übertritten aus der Jugendklasse 10, zugereist 1. Ausgetreten 93; aus der Jugendklasse zur Vollmitgliedschaft übergetreten 10; abgereist 5. Mitgliederbestand am Schluß des Quartals 780. Die Mitgliederbewegung beweist, daß wir innerhalb unserer Ortsverwaltung mit einer starken Fluktuation zu rechnen haben. Um die Ursachen dieser Fluktuation mehr zu ergründen, sind wir dazu übergegangen, in den einzelnen Sektionen eine Zusammenstellung zu machen, die über Agitation, Hausagitation, Marktenverkauf und rekrutierende Mitglieder Aufschluß gibt.

Diese Zusammenstellung zeigt uns mit aller Deutlichkeit die Ursachen der starken Fluktuation innerhalb unserer Ortsverwaltung. Die Sektionen mit starkem Mitgliederabgang weisen neben einer schlechten Beteiligung in der Hausagitation auch eine große Anzahl Restanten auf. Die Hausagitation brachte uns im ersten Quartal 45 neue Mitglieder, welche sich auf 7 Sektionen verteilten. Vier Sektionen haben in der Hausagitation vollständig versagt. Der durchschnittliche Marktenverkauf betrug in der gesamten Ortsverwaltung 11,56. Der Vorsitzende hob besonders hervor, daß diese strenge Gewissenforschung unbedingt notwendig war. Sie braucht uns aber nach keiner Seite hin zu entmutigen, sondern uns zeigen, wie wir arbeiten müssen, um vorwärts zu kommen und wo in den einzelnen Sektionen der Hebel anzusetzen ist. Es wurde beschloffen, der Anregung der Kölner Bezirkskonferenz in allen Sektionen Agitationskommissionen zu bilden, Folge zu leisten. Diese Agitationskommissionen sollen hauptsächlich den Zweck haben, die Restanten an ihre Pflichten zu erinnern, die Wankelmütigen zu stärken, die Lauen neu zu beleben und dem Verband zu erhalten. Interessentlosigkeit und Scharfmachtigkeit lassen sich nur bezwingen, wenn alle Kollegen und Kollegen in der Mitarbeit nicht erlahmen. Darum frisch ans Werk.

Stuttgart. Ein echt sozialdemokratischer Kulturträger scheint der Vertrauensmann des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Maiff bei der Firma Stumpf, Installationsgeschäft in Stuttgart, zu sein. Anzusehen hat er auch Lust, mit dem Straf-

richter bekannt zu werden. Anders ist sein Verhalten gegenüber dem christlich organisierten Arbeiter S. nicht zu erklären. Maßsch nicht seine Aufgabe darin, mit den Schimpfwörtern der Gasse und des roten Schimpfwörterlexikons zu operieren. Sie sind zu gemein, um sie hier wiedergeben zu können. Die Schimpfkraft des Herrn reicht anscheinend nicht, denn er scheut vor Täuschlichkeiten nicht zurück. Dem Genossen Maßsch möge gesagt sein, daß wir keine Unanständigkeiten satt sind. Möge er sich vor den Folgen hüten; er ist gewarnt.

Eisen. (Aus den Krupp'schen Betrieben.) Billig, möglichst billig, lautet heute die Parole bei sämtlichen Arbeiten, die bei der Firma Krupp hergestellt werden. Trifft dieses im großen und ganzen auf alle Betriebe der Firma Krupp zu, so im ganz besonderen Maße für die Drehscheibenwerkstatt. In diesem Betriebe wird seit längerer Zeit Eisenbahnmateriale hergestellt, also Arbeit, die infolge der Konkurrenz im allgemeinen ziemlich billig fabriziert werden muß. Aber was in diesem Betriebe an Antreiberei und einseitiger Akkordfestsetzung geleistet wird, geht auf keine Ruhhaut. Die Preise werden, wie bei Krupp üblich, diktiert, dann aber so niedrig festgesetzt, daß dabei das Salz nicht verdient werden kann; daran hört sich aber weder der Meister noch der Betriebsführer. Nach langem Betteln, wenn man einseht, daß die Arbeit absolut für den Preis nicht hergestellt werden kann, wird etwas zugefetzt. Was ist überhaupt von der Akkordfestsetzung zu halten, wenn, wie kürzlich geschehen ist, der auf 26 Mk. festgesetzte Akkord nach langwierigen Reklamationen auf 46 Mk. erhöht werden mußte. Solche Fälle lassen sich eine ganze Menge anführen. Daß bei diesem System des Sagens und Haftens täglich Unfälle vorkommen, ist selbstverständlich, wohl die Hälfte sämtlicher Arbeiter hat irgend einen Unfall erlitten. Es wird auch nicht danach gefragt, ob ein Mann sich immer gut geführt hat und als fleißiger Arbeiter bekannt war; nimmt er den Preis nicht an, der ihm geboten wird, so heißt es einfach: er könne ja gehen.

Ist ein solcher Zustand ungesund und danach angetan, Bitterung unter die Arbeiter zu tragen, so ist die Behandlung der Arbeiter durch Herrn Betriebsführer Beckmann nicht geeignet, ausgleichend zu wirken und dem „Gemeinwohl“ zu dienen. Es scheint so, als würden in der Drehscheibenwerkstatt die Arbeiter nur als Maschine und Ausbeutungsobjekt gewertet. Der Herr Betriebsführer spielt bei der Antreiberei die erste Geige, die Löhne, die er dabei seinem Instrument entlockt, erinnern lebhaft an den Kasernenhof. In erster Linie hat er herausgekegelt, daß die jungen Leute die billigsten sind. Deshalb geht sein Streben dahin, die älteren Arbeiter in andere Betriebe abzuschieben. Er sagt ihnen gerade heraus: Auf die Dauer werden Sie den Anforderungen, die ich an meine Leute stellen muß, nicht genügen können, deshalb ist es besser, wenn Sie sich eine Stelle suchen als Bürodiener oder bei der Oberkontrolle. Krankliche und schwächliche Arbeiter haben selbstverständlich bei ihm keinen Platz mehr. Ein fünfzigjähriger Arbeiter wurde kürzlich folgendermaßen angefahren: „Was, sind Sie immer noch hier? Ich habe Ihnen doch gesagt, ich wollte Sie nicht mehr sehen. Ich verlange von Ihnen, daß Sie Teilpension beantragen.“ So behandelt man Arbeiter, deren Kräfte verbraucht sind und die sich im Betriebe aufgearbeitet haben. Mit Angst und Schrecken denken die Arbeiter der Drehscheibenwerkstatt an die Zeit, wo ihre Kräfte nachzulassen beginnen oder sie infolge eines Unfalles krank feiern müssen. Ein Werkzeugkontrollleur, der auch verschiedentlich krank gefeiert hatte, wurde seines Postens enthoben. „Wenn Sie krank feiern, kann ich Sie nicht gebrauchen, die Firma Krupp bezahlt keine Kranken und alten Arbeiter.“ Einen Meister soll man kürzlich gefragt haben: „Haben Sie auch einen gesunden Stamm in Ihrer Kolonne? Sonst müssen wir aufräumen!“ Daß eine solche Mißachtung des Menschen im Arbeiter böses Blut machen muß, ist erklärlich. Ob dies alles mit Wissen und in Auftrag der Firma geschieht, entzieht sich unserer Kenntnis.

Bisher glaubte die Menschheit, daß die Maschine die Arbeit erleichtern solle, das ist in der Drehscheibenwerkstatt aber nicht der Fall. Mit unbeholfenen Vorrichtungen, die auf Maschinenarbeit zugeschnitten sind, wird z. B. den Bohren die Arbeit erschwert. Ist es nicht sehr stark, wenn Leute aus Übermüdung

vor Schicht Schluß machen müssen. Aber, die Vorrichtungen müssen sich bezahlt machen, da aber ihre Zwecklosigkeit nicht zugegeben werden darf, wird aus den Arbeitern das letzte herausgeholt. Aber nicht nur die ermüdeten Arbeiter werden so ausgebeutet, sondern in gleicher Maße auch die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Bisher war es üblich, daß der Lehrherr dem Lehrling ein gewisses Maß von Kenntnissen beibringen mußte, damit dieser später selbstständig arbeiten könne. Im Kleinergewerbe, bei den Schlossern, Schmieden, Klempnern usw., muß ein Lehrling nach beendeter Lehrzeit sein Gefellensfähig machen, um zu zeigen, was er gelernt hat. Bei Krupp ist das natürlich nicht nötig, aber in vielen Betrieben auch gar nicht möglich, und zwar aus dem Grunde nicht möglich, weil die Lehrlinge durchweg nur auf die Spezialität des Betriebes abgerichtet sind; andererseits aber kräftig mit produzieren helfen müssen. Daß bei den reduzierten Löhnen und der Untreiberei in den Betrieben die Gefellen keine Zeit finden, die Lehrlinge zu unterweisen, liegt auf der Hand. Es muß „drauf“ gehalten werden, und dabei muß der Lehrling mithelfen, weil sein Lohn mit herausgeschlagen werden muß. Von der Drehscheibenwerkstatt heißt es, daß die Schlosserlehrlinge nach beendeter Lehrzeit nur Nietenwärmer seien. Auch die Behandlung der Lehrlinge ist nicht einwandfrei. So sollte kürzlich ein Junge — der einzige Ernährer seiner Mutter — der etwas klein geblieben ist, gekündigt werden, weil er nicht stark genug sei. Dabei steht die Firma Krupp mit an der Spitze der Jugendbewegung. Wanderungen, Spiel und Sport sind ja notwendig, um die Jugend stark und widerstandsfähig zu machen, aber in erster Linie sollte die Firma ihre Hauptaugenmerk auf eine gründliche Fachausbildung richten.

Aus dem Vorstehenden, das sich beliebig ergänzen läßt, ist zu ersehen, daß, wenn irgendwo die Firma mal nach dem Rechten sehen muß, dieses in der Drehscheibenwerkstatt unbedingt notwendig ist. Die Arbeitererschaft aber möge bedenken, daß sie nur durch Einigkeit eine Besserung erzielen kann.

Düsseldorf. „Schmerz laß nach“. Unter dieser Ueberschrift schreibt man uns: „In der Nr. 101 der roten „Volkszeitung“ freut sich der Verantwortliche dieses edlen Organes über die Unparteilichkeit der Richter und veröffentlicht unter der zum zweiten Male wiederholten Ueberschrift „Noch ein Herzeinfall des Herrn Leupäke“ die weltbewegende Tatsache, daß eine Klage wegen Beleidigung gegen eine Person zurückgewiesen und darauf eine in derselben Sache angestrebte Klage gegen den Verfasser Jäger (vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband) zurückgezogen wurde. Zum Schluß dieses Artikels teilt der Verantwortliche seinen „Volkszeitungslesern“ dann mit, daß ihm durch Gerichtsbeschuß aufgetragen wurde, eine bisher abgelehnte Berichtigung aufzunehmen. Da dies das wesentlichste an der Sache ist, so wird diese Tatsache in obiger Form den Gewerkschaftssozialisten immerhin einiges Erstaunen abgeloct haben. Gelegentlich einer ähnlichen Sache — der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hatte drei Former zur Klage veranlaßt — erfolgte ebenfalls Abweisung der Klage, da schrieb derselbe Verantwortliche der „Volkszeitung“: Der Herr Leupäke kniff elendig und suchte mit allen Mitteln den Wahrheitsbeweis aus dem Wege zu gehen. Also die Dinge können liegen, wie sie wollen, sie werden immer so gedreht, daß der rote Mann gerechtfertigt dasteht. In diesem Falle hat er sich aber selber an den Pranger gestellt, und das genügt.

Nun ein anderer Fall: Auf Veranlassung eines angestellten Demuzianten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wurde Klage gegen einen christlich organisierten Arbeiter erhoben, der, in einer Betriebsversammlung gereizt, einen nicht ganz zutreffenden Ausspruch über den früher in Solingen tätigen Beamten Sandler deselben Verbandes getan hatte, mit dem Resultat, daß der Arbeiter zu „sechs Mark“ Geldstrafe verurteilt wurde. Kurz darauf wurde von dem in Stuttgart wohnenden klagenden Sandler (vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband) der Öffentlichkeit ein Schriftstück des hiesigen Amtsgerichtes übergeben, daß auf den Annesstiehl Bezug nahm. Der christlich organisierte Arbeiter hatte aber kein Schwabengeld eingereicht. An dieses Schriftstück suchten auch die hiesigen Hintermänner der „Volkszeitung“ ihre Randglossen

anzubringen unter der Ueberschrift: „Ein mutiger „Christlicher“. Sie mußten jedoch, durch Berichtigungen gezwungen, ihr ganzes Gebelzer zurücknehmen. Genau so erging es der „Metallarbeiter-Zeitung“ in Stuttgart. Eine dieser Berichtigungen „korigierte“ der überausläche Verantwortliche der „Volkszeitung“ wegen ihrer „bescheidenen“ Länge um „zu einer selbständigen Arbeit“.

Diese Arbeit war so ausgefallen, daß Herr Sandler eine neue Klage — getrieben natürlich wiederum durch die hiesigen „Kollegen“ vom roten Metallarbeiterverband — gegen den christlich organisierten Arbeiter anstrebte. Ueber diese Schlaueheit war alles sprachlos. Wir nehmen an, daß der Stuttgarter Herr sich im Gedränge in den Personen geirrt hat. Nach einer ausführlichen schriftlichen Begründung beantragte der christliche Arbeiter Abweisung der Klage. Sandler hätte den Verantwortlichen der „Volkszeitung“ verklagen müssen, da es sich doch um eine eigene Arbeit dieses Herrn handelte. Doch Herr Sandler wollte aufscheinen den in Stuttgart wiederholt betretenen Weg, auf dem waschechte Genossen sich gegenseitig vor dem Kadi vermobeln, anscheinend nicht nach Düsseldorf übertragen, trotzdem dies auch hier schon dagewesen ist.

Kurzum, Sandler wurde abgewiesen, und zwar von Rechts wegen. Das Gericht stellte fest:

„Es mag dahingestellt bleiben, ob das Berichtigungs-schreiben in seiner ursprünglichen Form oder eine etwaige wörtliche Veröffentlichung deselben eine geeignete Grundlage für die Privatklage abgeben könnte. Auf den Artikel der „Volkszeitung“ kann die Privatklage nicht gestützt werden. In dem Artikel gibt der Verfasser (der Verantwortliche der „Volkszeitung“) aus dem Berichtigungs-schreiben auszugswelse das wieder, was er für die Veröffentlichung geeignet hält. Es handelt sich also, wie sich auch aus dem übrigen Inhalt des Artikels ergibt, um eine selbständige Arbeit des Verfassers. Hierfür kann der Beschuldigte strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden, dies um so weniger, als die „Volkszeitung“, wenn sie der Auffassung war, die Berichtigung habe einen strafbaren Inhalt, gemäß § 11 des Preßgesetzes zur Aufnahme der Berichtigung nicht verpflichtet war. Die Privatklage war daher zurückzuweisen mit Kostenfolge aus § 503 Absatz 2 Str.-P.-O.“

Beide Ueberschläumeiner — Sandler und der Verantwortliche der roten Düsseldorf, „Volkszeitung“ — sind also gründlich rein-gefallen. Von Rechts wegen; darum: O, Schmerz, laß nach!

Soziales

Nochmals Arbeiter im Gewerbeaufsichtsdienst

Mit der Heranziehung von Arbeitern zum Gewerbeaufsichtsdienst, hat, wie wir kürzlich berichteten, das Großherzogtum Hessen so gute Erfahrungen gemacht, daß man dort die etatsmäßige Anstellung dieser Gewerbeaufsichtsdienstlichen für das Jahr 1914 in Aussicht genommen hat. Arbeiter als Gehilfen im Gewerbeaufsichtsdienst kennt nun neben Hessen und Elsaß-Lothringen auch das Königreich Bayern. Dort wurden schon 1903 Gewerbeaufsichtsdienstliche, männliche und weibliche, aus dem Arbeiterstand entnommen. Heute beträgt deren Zahl zusammen 15, die etatsmäßig angestellt sind. Diese Arbeiter haben sich in Bayern sehr bewährt, und man hat mit ihnen ebenfalls wie in Hessen günstige Erfahrungen gemacht.

Nachdem man so über die Arbeiter im Dienste der Gewerbeaufsicht; in mehreren Staaten nur Gutes hört, hätten die anderen Bundesstaaten, allen anderen Preußen voran, um so weniger Veranlassung, das Beispiel Bayerns, Elsaß-Lothringens und Hessen nicht nachzuahmen!

Ganz besonders notwendig ist deren Anstellung für die Schwereisenindustrie, damit dort endlich die in der Bundesratsverordnung vorgeschriebenen Pausen den Arbeitern auch wirklich gewährt werden.

Briefkasten

Zur allgemeinen Beachtung! Redaktionsschluß für die Nr. 23 ist wegen des Pfingstfestes bereits am Samstag, den 30. Mai, mittags 12 Uhr.

Berichtungs-Kalender

- Kollegen und Kolleginnen!
Beräumt ohne Grund keine Beräumung!
Samstag, den 30. Mai
Eisenach. Abends 8.30 Uhr im „Weimarischen Hof“.
Sonntag, den 31. Mai
Klein: Morgens 11 Uhr bei Sorger.
Dienstag, den 2. Juni
Kornheim-Endenhof. Beräumung gleich nach Fabrik-schluß. Lokal wird noch bekannt gegeben.
Mittwoch, den 3. Juni
Hamborn. Abends 8.30 Uhr Vertrauensmännerversammlung der Ortsgruppen Brackhausen, Marzloch und Hamborn im Kollpingshaus, Disterweg.
Eisenach. Abends 8 Uhr bei Weimann am Stuttgarter Tor.
Donnerstag, den 4. Juni
Danzig-Langfurt. Abends 8 Uhr in der Flora.
Kornheim-Endenhof. Abends 8.30 bei Keller, Kerkarhanjen.
Freitag, den 5. Juni
Dessau. Abends 8.30 im hiesigen Gefellenshaus, Kölligwägenstr.
Dessau. Abends 8.30 Uhr im Hotel Union.
Dessau. Abends 8.30 Uhr bei Hall, Desterwägenstr. 1.
Karlshagen. Abends 8.30 Uhr im Genterhaus.
Karlshagen. Abends 8.30 Uhr im Palmengarten.
Oberhausen. Abends 8.30 Uhr bei Kemmerling, Duppelstraße.
Hamborn. Abends 7 Uhr bei Schymacher.
Stettin. Abends 8.30 Uhr bei Seelke, Blumenstr. 16, Referent Kollege Richter-Berlin.
Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Kömischen König, Holzstr. 3.
Samstag, den 7. Juni
Danzig. Nachm. 2 Uhr im Sosephhaus.
Dessau. (Jugendklasse) Nachm. 3.30 Uhr im Antoniusvereinshaus, Hoffmeisterstraße.
Dessau. Nachm. 11.30 Uhr bei Jenzen, Kaiserstraße.
Dessau. Nachm. 11 Uhr im Schanzhorst, Kollpingsstr.
Hagen. Morgens 11 Uhr bei Etrichhaus.

Hagen. (Jugendklasse.) Nachm. 5 Uhr große Jugendversammlung im Saale des Wilhelmshofes, Bahnhofstraße 19. Die Kollegen sämtlicher Gruppen müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Hamborn-Marzloch. Nachm. 2.30 im Kollpingshaus, Disterweg.
Hamborn. Morgens 10.30 Uhr bei Weber.
Karlshagen-Darlaben. Nachmittags 3.30 Uhr im „Hirsch“.
Dessau. Vorm. 11 Uhr bei Schuß, obere Marktstraße.

Adressen

Roth bei Kärberg. Hans Wohlgenuth, Pruppacherstr. 238 1/2.

baubsägerei
Kerbschnitt und Holzbrand
Werkzeug, Holz, Feilen etc. in
großer Auswahl. Katalog gratis.
1. Band, 2. Band, 3. Band.

Westfälischer Speck
Zanermarkt, Winterhochzeit,
nach Zanermarkt trocken geräuchert,
75 Pfg., unbeschnitten Nachm.,
empfeht Aug. Seidemann in
Köln, Bismarckstr. 28.

Prima Nusschinken
per Pfd. 1.20 Mk. Durchschnitt
Speck, 7 Pfd. 85 Pfg. Mett-
wurst, hart, Brezeln, Leber-
wurst 7 Pfd. 70 Pfg. Käse-
schinken und Brezeln per
Pfd. 90 Pfg. Gerbelaun per
Pfd. 1.20 Mk.
empfeht per Nachnahme
Carl Böger, Wurstaabrik,
Glogau.

Teilzahlung
Uhren u. Goldwaren,
Photo-, optische
Artikel,
Sprechmaschinen,
Musikinstrumente,
Spielwaren, Zithern
u. s. w.
- gratis und franko liefern
Johann & Co. BERLIN A. 741
Behle-Münchestr. 3

Neu! Bruchleidende Neu!
Wohlt und Hilfe.
Auf Heilung hinwirk.
Viele Danksch. Auf
Mittels Broschüre V
per 30 Pfg. in Mark.
1. Schievelkamp's
Band, 2. Versand-
haus, Duisburg 152, Königstr. 58.

Bon wohlsituierten Lenten
wenig benützte
Herren-Garderoben
erhalten Sie sehr preiswert vom
Garderoben-Verlandhaus b. Spielmann
München, Dachauerstraße 4.
Frühjahrs-Paletots und Mäntel von 10 bis 45 Mk.
Saeco-Mäntel 1- und Preisig von 12 bis 48 Mk.
Tropfen, Seiten, Wetterfragen etc. etc.
Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbind-
lichkeit illust. Preiskatalog H gratis und frei. Für nichtkon-
venierende Waren erlangen Sie Geld retour.

Größte Auswahl
schönster Modelle
Aria-Rad
unübertroffen
5 Jahre Garantie • Franco Zusendung.
Komplettes Herren-Lowerrad
Marke Kohlenstoff schon von M.32 an. Damenrad komplett schon von M.32 an
Spezialität Pneumatik
Laufdecke mit Jahresgarantie M.40 M.45 M.50 M.55 usw.
Luftschlauch mit Jahresgarantie M.25 M.30 M.35 M.40
Alle Fahrrad-Zubehörteile
Nähmaschinen, Waffen, Uhren etc. • Beste und billigste Bezugsquelle.
Verlangen Sie kostenlos reich illust. Katalog N° 238 mit niedrigsten Preisen.
FRANZ VERHEYEN, Frankfurt

Allen voraus
sind die
Kiepenkerl-Tabake
von Oldenkott-Rees am Rhein.
liberal! künstlich!
Wegen ihrer außerordentlichen Belohnlichkeit jedes Manns Freund.